

ZÜRCHER FREISINN

Wir machen Zürich stark!

QR-Code mit der
TWINT App scannen
Betrag und Zahlung
bestätigen



Jetzt mit TWINT,
Kreditkarte oder auf
Rechnung spenden

EDITORIAL

**Konsequente Asylpolitik –
Bundesrat Jans muss liefern**
von Filippo Leutenegger

Seite 3

NEWS AUS DEM KANTON

Abstimmungen und mehr:

Ja zur Steuervorlage und zur Mobilitätsinitiative, Diskussion rund um die Bilateralen III, «Das Ergrauen der Schweiz» von Regierungsrätin Carmen Walker Späh, Aktion gegen die Velovorzugsroute Wollishofen, News aus unseren Ortsparteien und Nein zum Energiegesetz

Seite 4 bis 12

PRO UND KONTRA:

«Windenergie im Kanton Zürich – zu welchem Preis?» Pro- und Kontra-Argumente von Kantonsrätin Barbara Franzen und Gemeinderat Raphael Alder

Seite 13



Konsequente Asylpolitik hilft allen

Die neue Kriminalstatistik des Kantons Zürich zeigt es schwarz auf weiss: Der Anteil von Asylsuchenden an schweren Gewalt- und Sexualdelikten ist stark überproportional. Das ist nicht länger hinnehmbar. Der Bundesrat muss die Regeln durchsetzen und konsequenter gegen kriminelle und illegale Asylbewerber vorgehen. Filippo Leutenegger fordert im Editorial insbesondere Bundesrat Beat Jans auf, endlich zu handeln. Wer Schutz sucht, muss unsere Werte respektieren – wer sie missachtet, hat das Aufenthaltsrecht verwirkt. Dies hilft auch jenen Asylsuchenden, die wirklich auf Schutz angewiesen sind. Zudem kann nur so das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat erhalten bleiben.

Seite 3



Liebe Freisinnige

«Freiheit ist kein Synonym für Glück, sondern eher für schwierige Entscheidungen»: Dieses Zitat der liberalen Politikerin Emma Bonino aus Italien macht klar, dass liberale Politik nicht die Aufgabe hat, die Menschen glücklich zu machen. Die FDP steht für eine Politik ein, die den Menschen Freiheit lässt. Freiheit kann anstrengend sein, denn sie beinhaltet, dass jeder und jede selber denken, entscheiden und handeln muss. Freiheit ist aber alles andere als selbstverständlich, sie muss jeden Tag errungen werden. Es bedarf vor allem des Mutes der Politik, den Menschen etwas zuzutrauen und ihnen etwas abzuverlangen: Selbstverantwortung! Wenn wir einen Blick in die Welt werfen, müssen wir feststellen: Die Welt ist im Umbruch, und das liberale Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell ist vielerorts gefährdet – mittlerweile auch in der Schweiz.

Schweizer Wohlstand steht auf dem Spiel

Die Schweiz ist aufgrund des liberalen Staatsverständnisses ein erfolgreiches Land, in dem der Wohlstand im weltweiten Vergleich enorm hoch ist. Davon können alle Menschen in unserem Land profitieren. Das ist das Verdienst unserer Vorfahren, die sich für eine Schweiz eingesetzt haben, die auf Selbstverantwortung, Subsidiarität und Milizprinzip basiert. Dieses Staatsverständnis steht massiv unter Druck. Die anderen Parteien versprechen den Menschen in diesem Land, mit einer Fülle von staatlichen Leistungen für ihr Glück zu sorgen.

Ausser der FDP gibt es kaum eine Partei, die den Mut hat, sich gegen die nicht finanzierbaren Verheissungen zu stemmen. Ansprüche, die noch vor wenigen Jahren aus finanzpolitischer Vorsicht im Parlament keine Chance hatten, sind heute mehrheitsfähig. Die Koalition der Anspruchsvollen setzt dadurch unter billiger Inkaufnahme der finanzpolitischen Verlüderung den Wohlstand nicht nur der heutigen Generation, sondern auch der nachfolgenden Generationen aufs Spiel.

SP und Mitte wollen einen weiteren Ausbau der AHV

Bei der 13. AHV-Rente fragt sich die Politik, wie sie das vom Volk angenommene Versprechen einlösen und gegenfinanzieren soll. Die Antwort ist schnell zur Hand: Steuererhöhungen. Doch es kommt aber noch dicker. Noch bevor die Finanzierung der 13. AHV-Rente auch nur ansatzweise geklärt ist, setzen SP und Mitte bereits zum nächsten Griff ins Portemonnaie des arbeitenden Mittelstands und der KMU an. Im Rahmen der Finanzierungsvorlage für die 13. AHV-Rente haben Mitte und SP dreist einen zusätzlichen Ausbau der AHV-Finanzierung beschlossen. Statt um 5 Milliarden soll die AHV um fast 9 Milliarden aufgestockt werden. Bezahlt werden soll der Ausbau durch höhere Lohnabzüge und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Die Kostenfolgen für die Bevölkerung werden einmal mehr verschwiegen: rund 2000 Franken pro Jahr und durch-

schnittlichen Haushalt. Einher geht damit selbstverständlich nicht nur ein Kaufkraftverlust, sondern immer auch ein schleichender Verlust an Freiheit: die Freiheit, selber zu entscheiden.

Enteignungsinitiative von Juso und SP

Noch weiter geht die Juso-Erbschaftsinitiative. Die Initiative schreibt eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent ab einem Betrag von 50 Millionen vor. Ohne Ausnahmen und zusätzlich zu allen kantonalen Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuern. Das würde die erfolgreichsten Unternehmerinnen und Unternehmer sowie deren Unternehmen aus dem Land vertreiben. Laut Bundesrat würden dem Schweizer Staat in der Folge bis zu 3,7 Milliarden Franken pro Jahr fehlen. Vielleicht würde ein Teil mit Sparprogrammen bei der öffentlichen Hand kompensiert. Wahrscheinlich ist aber, dass die Politik die Steuerausfälle wiederum mit neuen Steuern gegenfinanzieren will. Und zwar bei demjenigen, der die Schweiz nicht ohne weiteres verlassen kann: beim arbeitenden Mittelstand. Die FDP wehrt sich mit aller Kraft gegen diesen linken Steuerhammer und gegen diese Vernichtung des nachhaltigen Unternehmertums – eines wichtigen Bausteins unseres Wohlstands.

Steuern senken, Staat entschlacken, Subventionen abbauen

Die einzige richtige Antwort auf die schädliche Anspruchspolitik von Mitte-Links heisst mehr Freiheit – oder ganz einfach: den Menschen und unseren KMU etwas zuzutrauen. Sie sollen wieder mehr Spielraum für ihr verdientes Geld haben. Ob sparen, investieren oder konsumieren. Weshalb sollen diese zuweilen schwierigen individuellen Entscheidungen vom Staat verhindert werden? Aktuell liegt die Schweizer Staatsquote bei 32 Prozent und damit über dem globalen Median. Die Fiskalquote (ohne Zwangsabgaben für die Kranken- und die Pensionskassen) beträgt 40 Prozent und ist damit vergleichbar mit denjenigen Deutschlands oder Österreichs und liegt nur unwesentlich unter derjenigen von Schweden. Zudem zeigen die Tendenzen sowohl bei der Staats- wie auch bei der Fiskalquote deutlich nach oben. Die FDP muss als einzige Partei in der Schweiz gegen die immer dreister erhobenen staatlichen Glücksversprechen ankämpfen und sich nicht scheuen, den Menschen in unserem Land etwas zuzutrauen. Dazu müssen wir uns aber zuerst selber etwas zutrauen: den Mut, Nein zu sagen – auch oder gerade weil uns die Parteien aus der Koalition der Anspruchsvollen Arm in Arm mit den Medien dafür kritisieren. Denn Freiheit ist anstrengend. Der Kampf dafür noch viel mehr!

Ihr Thierry Burkart,
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Konsequente Asylpolitik – Bundesrat Jans muss liefern

Editorial des Präsidenten

Die Kriminalstatistik des Kantons Zürich zeigt eine bedenkliche Entwicklung: Der Anteil von Asylsuchenden an schweren Gewalt- und Sexualdelikten ist stark überproportional. Die Politik darf nicht länger wegsehen.

Die Politik darf die Augen vor den Problemen in der Asylpolitik nicht länger verschliessen. In Zürich geht Sicherheitsdirektor Fehr diese Themen proaktiv an – er ist mit seiner Kritik wiederholt auch bei Bundesrat Beat Jans vorstellig geworden. So warf der Zürcher Sicherheitsdirektor dem Justizminister Untätigkeit bezüglich krimineller Eritreer und Afghanen zu hohe Pendenzenberge bei den Asylverfahren und eine lasche Politik gegenüber ukrainischen Grossfamilien vor. Die Stossrichtung dieser Kritik ist berechtigt. Das lasche Vorgehen gegen illegale und abgewiesene Asylbewerber ist besorgniserregend. Bundesrat Beat Jans muss vorwärtsmachen und mit einer konsequenten Asylpolitik Vertrauen schaffen.

Die Bevölkerung erwartet zu Recht, dass der Staat die Regeln durchsetzt. Es kann nicht sein, dass Menschen, die unsere Gastfreundschaft missbrauchen, kaum mit Sanktionen rechnen müssen. Dies ist auch nicht fair gegenüber denjenigen, die sich hier korrekt verhalten und arbeiten.

Gefordert sind darum klare Massnahmen: Rückführungen von kriminellen und illegalen Asylbewerbern müssen rascher und konsequenter umgesetzt werden. Die Härtefallregelung darf nicht zur Regel werden. Und der Bund muss mit den Herkunftsstaaten verhandeln, damit Rückführungen auch durchsetzbar sind. Es kann nicht sein, dass wir Millionen in die Entwicklungshilfe investieren und betroffene Länder die Asylbewerber nicht zurücknehmen, die sich illegal in der Schweiz aufhalten. Wir wollen nicht länger akzeptieren, dass

«Wer sich im Alltag nicht sicher fühlt, zweifelt am funktionierenden Rechtsstaat – das müssen wir ernst nehmen.»

Personen trotz abgelehntem Asylgesuch dauerhaft in der Schweiz bleiben. Was in Deutschland schief läuft, darf sich in der Schweiz nicht wiederholen. Die Solidarität mit den Schutzsuchenden steht auf dem Spiel.

Auf kantonaler Ebene handelt die FDP in Zürich. Die Forderung des FDP-Kantonsrats Yiea Wey Te nach einer Obergrenze bei der Aufnahmequote entlastet Gemeinden, die mit der Unterbringung und der Betreuung an ihre Grenzen stossen. Gemeinden dürfen nicht überfordert werden – weder organisatorisch noch finanziell. Es geht dabei auch um eine faire Lastenverteilung und darum, den sozialen Frieden zu sichern.

Ein wichtiger Schritt ist die Einführung von Integrationsverträgen. FDP-Kantonsrat Martin Hu-



ber fordert in einer aktuellen Motion den Regierungsrat auf, die gesetzlichen Grundlagen für die Einführung eines bindenden Integrationsvertrags zu schaffen. Wer sich weigert, sich an grundlegende Regeln des Zusammenlebens zu halten – etwa die Sprache zu lernen, zu arbeiten oder unsere freiheitliche Ordnung zu achten –, muss mit Leistungskürzungen rechnen und in letzter Konsequenz das Land verlassen. Rechte und Pflichten gehören zusammen. Dänemark macht es mit Erfolg vor. Sobald Integrationsleistungen mit Verpflichtungen einhergehen, wird ein Land für illegale Einwanderer weniger attraktiv.

Die Schweiz ist und bleibt ein Land mit humanitärer Tradition. Eine konsequente Asylpolitik ist aber notwendig, damit wir das Asylsystem glaubwürdig erhalten können und das Vertrauen der Bevölkerung in unsere Gesellschaft nicht weiter belastet wird.

Herzlich

Filippo Leutenegger
Präsident FDP Kanton Zürich

AGENDA

18. Mai: Kantonale Abstimmungen

20. Mai: Supporter-Club-Event

22. Mai: Veranstaltung: «Die Schweiz mit oder ohne Bilaterale III»

3. Juni: Hybride OP/BP-Konferenz

24. Juni: Ordentliche Delegiertenversammlung

Mediensubventionen vors Volk

Die staatliche Presseförderung von 50 Millionen Franken soll um weitere 35 Millionen aufgestockt werden, obschon das Stimmvolk 2022 ein ähnliches Subventionspaket deutlich abgelehnt hatte. Das Team Freiheit lanciert das Referendum gegen das Vorhaben des Parlaments, trotz klarem Volksentscheid die Presseförderung auszubauen.

Für weitere Informationen:



www.team-freiheit.ch



Die Steuervorlage 17 ist eine zentrale Investition in die Zukunft des Standorts Zürich. Sie sichert Arbeitsplätze, schafft Investitionsanreize und stärkt das Fundament unseres Wohlstands. Doch damit am 18. Mai ein Ja resultiert, braucht es das Engagement aller, die für den Kanton Zürich Verantwortung übernehmen wollen.

Zürich steht an einem entscheidenden Punkt. Mit der kantonalen Steuervorlage 17 schaffen wir den politischen Rahmen, damit unser Standort auch morgen noch führend ist. Der Handlungsbedarf liegt auf der Hand: Nur der Kanton Bern besteuert Unternehmen in der Schweiz höher als Zürich. Allein in den letzten sieben Jahren hat der Kanton Zürich unter dem Strich mehr als 1000 Unternehmen verloren. Diese wandern nicht nur nach Zug und Schwyz, sondern auch in die anderen Nachbarkantone Aargau, Thurgau, Schaffhausen und St. Gallen ab. Dadurch verlieren wir nicht nur Unternehmen, sondern auch Steuern, Arbeitsplätze und Lehrstellen.

Zürich ist der wirtschaftliche Motor der Schweiz. Damit das so bleibt, braucht es gezielte Reformen. Die Steuervorlage 17 bringt genau das: Sie ist ein

durchdachter Kompromiss mit Augenmass. Sie sorgt für faire und wettbewerbsfähige Unternehmenssteuern, ohne das Gleichgewicht im kantonalen Haushalt zu gefährden. Im Gegenteil: Sie sichert langfristig Einnahmen, weil sie Wertschöpfung im Kanton hält und neue anzieht. Bei allen Kantonen, die wie zum Beispiel Genf, Waadt, Schwyz oder Zug in den letzten Jahren die Unternehmensbesteuerung gesenkt haben, führte dies zu Mehrerträgen: weil die Unternehmen bleiben und weil neue hinzustossen. Dies blenden die Gegner, die vor Steuerausfällen warnen, leider geflissentlich aus.

Was die Gegner ebenfalls ignorieren: Es geht nicht um Steuererleichterungen für einige wenige, sondern um Rahmenbedingungen für viele. Die Zürcher Wirtschaft steht im globalen Wettbewerb,

der sich verschärft hat und der aufgrund der Handelsstreitigkeiten und Zollandrohungen des US-Präsidenten Donald Trump von grossen Unsicherheiten geprägt ist. Umso wichtiger ist es, den Unternehmen Sorge zu tragen, die eigenen Hausaufgaben zu machen und ein steuerliches Umfeld zu bieten, das konkurrenzfähig ist.

Zürich wird durch die Senkung des Gewinnsteuersatzes nicht zum Tiefsteuerkanton. Aber die Steuervorlage 17 ist ein Schritt in die richtige Richtung. Sie ist ein Zeichen. Und sie bedeutet auch Wertschätzung für die Leistung der Unternehmen. Diese Wertschätzung haben die Unternehmen verdient – nicht das Bashing der Linken.

Für die FDP ist die Unterstützung klar. Unsere Werte – Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und wirtschaftliche Freiheit – werden mit dieser Vorlage konkret umgesetzt. Wer Ja sagt zur SV17, sagt Ja zu einem wettbewerbsfähigen Zürich, das auch in Zukunft prosperiert. Wer Nein sagt, riskiert eine schleichende Erosion unseres Wohlstands.

Doch wir dürfen uns nicht in falscher Sicherheit wiegen: Diese Vorlage braucht jede liberale Stimme. Die Mobilisierung ist entscheidend. Leserbriefe, Gespräche im Freundeskreis, Präsenz an Veranstaltungen – all das zählt jetzt.

Zürich hat die besten Voraussetzungen, auch in Zukunft an der Spitze zu stehen. Aber diese Zukunft fällt nicht vom Himmel – sie wird entschieden: an der Urne, am 18. Mai, mit einem klaren Ja zur Steuervorlage 17. (asü)

So können Sie unterstützen:

Kampagnenmaterial
bestellen:



Dem Komitee
beitreten:



WhatsApp-Gruppe
beitreten:



Social-Media-Vorlagen
zum Download:



«Wettbewerbsfähigkeit ist kein Selbstläufer – wir müssen sie verteidigen»

Im Gespräch mit Claudio Zihlmann zur Steuervorlage 17

Claudio Zihlmann, Chef der FDP-Kantonsratsfraktion, engagiert sich mit voller Kraft für ein Ja zur Steuervorlage 17. Im Interview erklärt er, warum die Vorlage für den Kanton Zürich entscheidend ist – und weshalb gerade jetzt liberale Kräfte mobilisieren müssen.

Lieber Claudio, die FDP engagiert sich mit Nachdruck für die Steuervorlage 17. Was überzeugt dich persönlich am meisten?

Die Vorlage schafft klare, wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen. Sie sorgt dafür, dass Zürich ein attraktiver Standort für Unternehmen bleibt – und das kommt uns allen zugute: durch Arbeitsplätze, Lehrstellen, Wertschöpfung und Steuereinnahmen. Das alles ist in Gefahr, wenn wir nichts tun. Zürich ist heute für Unternehmen der zweitbeste Kanton der Schweiz – nur der Kanton Bern ist teurer. Sicher: Zürich hat viel zu bieten, die Steuern sind nicht der einzige Standortfaktor. Aber trotzdem: Ganz am Schluss der Rangliste wollen und dürfen wir nicht sein. Der Handlungsbedarf ist gross, um die schleichende Abwanderung von Unternehmen zu stoppen. Mit der Steuervorlage 17 haben wir eine ausgewogene und konkrete Massnahme auf dem Tisch. Packen wir diese Chance!

Die Gegner werfen ein, die Vorlage sei ein Geschenk an die Wirtschaft. Was sagst du dazu?

Das ist Unsinn. Die Wirtschaft ist keine Gegenpartei, sie ist Teil unserer Gesellschaft. Die Vorlage zielt nicht auf Geschenke, sondern auf Rahmenbedingungen, damit Unternehmen in Zürich bleiben und investieren. Wer glaubt, der Standort Zürich sei automatisch attraktiv, der irrt sich. Wir stehen im internationalen und im nationalen Wettbewerb – mit anderen Regionen, mit anderen Ländern. Wer da nicht handelt, verliert.

Was steht konkret auf dem Spiel bei einem Nein?

Ein Nein würde ein gefährliches Signal senden: dass Zürich sich der Realität verweigert, dass man hier lieber bremst als gestaltet. Es geht um nichts weniger als unseren zukünftigen Wohlstand. Unternehmen prüfen Standorte heute viel differenzierter – Steuern spielen da eine zentrale Rolle. Wenn Zürich nicht liefert, tun es andere. Dann verlieren wir nicht nur Firmen, sondern auch Fachkräfte, Ausbildungsplätze, Innovationskraft.

Wie sieht die Mobilisierung bis zum 18. Mai aus?

Da keine anderen nationalen und kantonalen Vorlagen anstehen, wird diese Vorlage über die Mobilisierung entschieden. Wir setzen auf unsere Basis. Unsere Mitglieder sind die besten Botschafterinnen und Botschafter für die Vorlage. Jede Stimme zählt, jede Diskussion, jeder persönliche Kontakt. Wer überzeugt ist, soll es zeigen – mit Überzeugung, mit Präsenz, mit Mut. Ich danke allen herzlich, die sich in ihrem Wirkungskreis engagieren.

Was sagst du den Zögernden?

Jetzt ist nicht die Zeit zum Zaudern. Jetzt ist die Zeit, das liberale Profil zu schärfen. Wer wirtschaftliche Vernunft will, muss sich auch dafür einsetzen. Das heisst: Flyer verteilen, Leserbriefe schreiben, Kolleginnen und Kollegen überzeugen. Politik lebt vom Engagement. Und gerade in dieser



Vorlage steckt viel von dem, was uns als FDP ausmacht: unternehmerisches Denken, Augenmass, Verantwortung. Wenn nicht wir dafür kämpfen – wer dann?

Claudio Zihlmann,
Fraktionspräsident und Leiter Wirtschaftspolitik
der Zürcher Handelskammer



Claudio Zihlmann «on tour»: Claudio war in den letzten Monaten bei über 20 Ortsparteien im Kanton Zürich unterwegs, um zu erklären, warum die FDP am 18. Mai für ein Ja zur Steuervorlage kämpft. Hier sind einige Eindrücke von seinen Besuchen bei der FDP Thalwil, Uitikon, Zollikon und Wallisellen.

DIE JUNGFREISINNIGEN FÜR EIN JA ZUR STEUERVORLAGE

Attraktiver Kanton – auch für Junge

Zürich lebt von klugen Köpfen, innovativen Unternehmen und wirtschaftlicher Stärke. Doch diese Stärke ist kein Naturgesetz – sie muss verteidigt werden. Die Steuervorlage 17 setzt genau hier an. Wer glaubt, dies wäre nur ein Thema für Wohlhabende, liegt falsch. Es geht um unsere Zukunft. Als junger Student will ich nicht zusehen, wie Zürich wegen linker Steuerpolitik den Anschluss verliert. Wer Investitionen, Jobs und neue Ideen will, muss

dafür sorgen, dass Unternehmen hierbleiben – nicht abwandern. Dafür brauchen wir wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen. Dafür braucht es ein Ja am 18. Mai. Wer Nein sagt, riskiert gefährlichen Leistungsabbau. Dann fehlen Mittel für Asylwesen, Innovation und Wirtschaft – also genau dort, wo unsere Generation Lösungen braucht. Die Vorlage ist ein Investment in uns alle. Ein Nein kostet Zukunft – ein Ja schafft Perspektive.



Elias Pernet,
Arbeitsgruppe Steuern und Finanzen JFZH

KMU- UND GEWERBEVERBAND KANTON ZÜRICH (KGV) FÜR EIN JA ZUR STEUERVORLAGE

Damit unser Kanton konkurrenzfähig bleibt

Der Kanton Zürich ist in seinem Selbstverständnis der Wirtschaftskanton Nr. 1 der Schweiz: Das stimmt leider nur bedingt. Zürich trägt zwar 21% zur gesamten Schweizer Wirtschaftsleistung bei und ist der Kanton, in dem Wirtschaftsinnovation am meisten entsteht. Was viele nicht wissen: Zürich ist bezüglich Unternehmenssteuern mit den anderen Kantonen nicht mehr konkurrenzfähig. 2006 war Zürich noch im Mittelfeld. Heute ist der Kanton Schlusslicht und hat zusammen mit Bern die höchste Steuerbelastung für Unternehmen in der ganzen Schweiz. Das führt dazu, dass unser

Kanton seit Jahren mehr Unternehmen verliert, als dass neue in den Kanton kommen. Dabei wandern die Unternehmen nicht nur nach Zug und Schwyz, sondern auch in die anderen Nachbarkantone Aargau, Thurgau, Schaffhausen und St. Gallen ab.

Der Abfluss wäre bedeutend stärker, hätte Zürich nicht noch weitere Faktoren zu bieten, die attraktiv machen. Da ist zum einen der Flughafen Zürich, der als internationales Verkehrsdrehkreuz wichtig für die international ausgerichtete Unternehmen ist. Zum Zweiten ist da die ETH Zürich, die bekannt ist, junge exzellente Talente auszubilden – Google lässt grüssen –, und zu guter Letzt bietet der Kanton Zürich eine überdurchschnittlich hohe Lebensqualität.

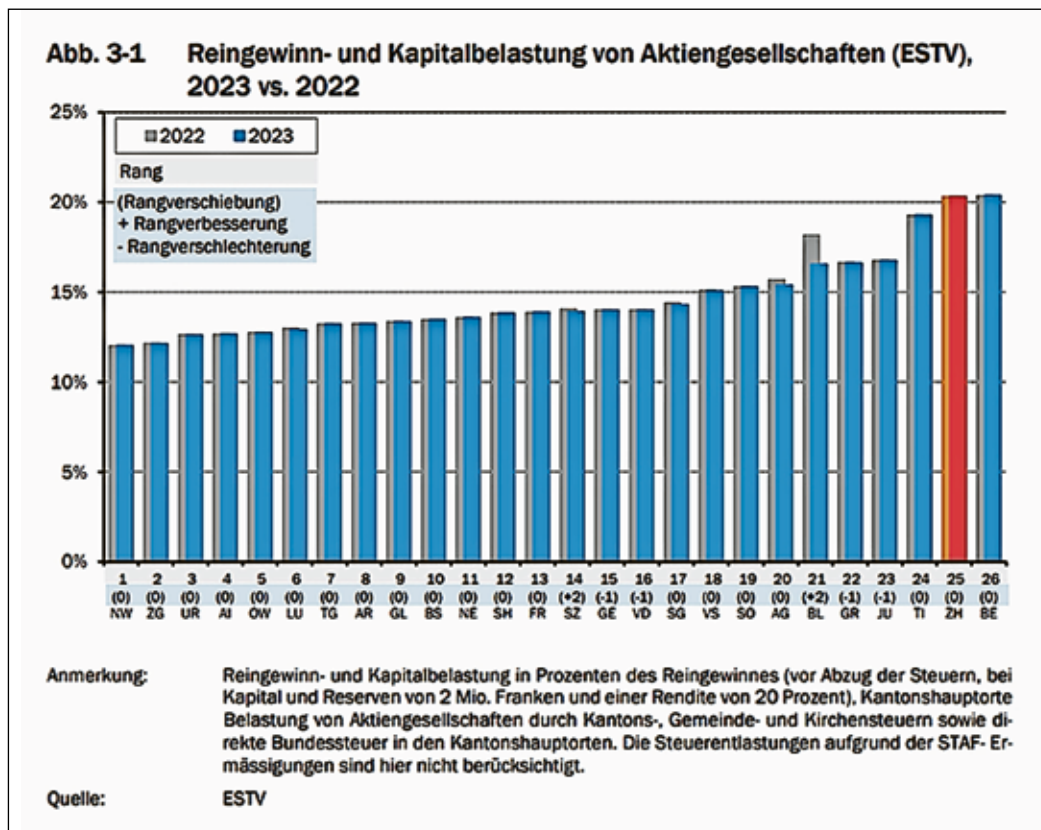
Der Kanton Zürich konnte 2021 die Gesamtsteuerbelastung von Unternehmen von 21,1% auf 19,7% zwar senken. Die Situation der Unternehmen im Kanton Zürich hat sich jedoch durch die Umsetzung des ersten Schritts der Steuervorlage 17 nicht wesentlich verbessert, da eben in anderen Kantonen teilweise weitreichendere Steuerentlastungen stattgefunden haben. Nun soll in einem zweiten Schritt die Gesamtsteuerbelastung von Unternehmen von 19,7% auf 18,2% sinken. Das ist ein moderater, aber für Zürich wichtiger Schritt.

Von der Vorlage profitieren alle Unternehmen, ob gross oder klein. Die Steuererleichterung löst für alle Unternehmen – insbesondere auch die KMU – positive Effekte aus: Der Kanton wird als Standort für Unternehmen attraktiver. Unternehmen haben mehr Mittel für Investitionen. Das Steuersubstrat wird nachhaltig gesichert, weil der Wegzug von Unternehmen und Arbeitsplätzen in andere Kantone gestoppt wird. Wir müssen jetzt handeln. Deshalb Ja zur Steuervorlage am 18. Mai an der Urne!

Der Kanton Zürich konnte 2021 die Gesamtsteuerbelastung von Unternehmen von 21,1% auf 19,7% zwar senken. Die Situation der Unternehmen im Kanton Zürich hat sich jedoch durch die Umsetzung des ersten Schritts der Steuervorlage 17 nicht wesentlich verbessert, da eben in anderen Kantonen teilweise weitreichendere Steuerentlastungen stattgefunden haben. Nun soll in einem zweiten Schritt die Gesamtsteuerbelastung von Unternehmen von 19,7% auf 18,2% sinken. Das ist ein moderater, aber für Zürich wichtiger Schritt.



Thomas Hess,
Geschäftsführer, KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich (KGV)



KMU HIER BEHALTEN!

**Gut für uns alle.
Besser für dein Portemonnaie.**

STEUERVORLAGE JA!

**18. MAI
JA**



EUROPAPOLITIK

Knackpunkte der Bilateralen III

Am 18. März fand im Zürcher Glockenhof ein gut besuchter Anlass der FDP Kanton Zürich zur Europapolitik statt. Altstaatssekretär Michael Ambühl, ehemaliger Chefunterhändler der Bilateralen II, ordnete die Herausforderungen der neuen Verhandlungen mit der EU ein – und sparte nicht mit klaren Worten.

Die Schweiz debattiert über ein neues Paket mit der EU, über die Bilateralen III. Welchen Preis zahlt die Schweiz für geregelte Beziehungen zu ihrer wichtigsten Partnerin? Antworten gab Michael Ambühl im Rahmen eines FDP-Anlasses am 18. März in Zürich – mit über 150 Teilnehmenden ein starkes Signal für das Interesse am Thema. Der Anlass war Auftakt für die interne Meinungsbildung der Zürcher FDP zur Europapolitik.

Ambühl, der als Unterhändler an den Bilateralen I und II beteiligt war, zeichnete ein klares Bild: Die Schweiz sei eng mit der EU verflochten – wirtschaftlich, gesellschaftlich, kulturell. Der bilaterale Weg sei historisch gewachsen und für die Schweiz passend – mit dem Vorteil, in ausgewählten Bereichen Kooperation zu ermögli-

chen, ohne die nationale Eigenständigkeit preiszugeben.

Doch mit den Bilateralen III ist ein neues Kapitel aufgeschlagen. Die EU habe nach dem Scheitern des Rahmenabkommens auf zwei Hauptforderungen bestanden: obligatorische Rechtsübernahme und ein Streitbeilegungsverfahren mit Einbindung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH). «Zwei Kröten», sagte Ambühl, über die diskutiert werden müsse. Die Schweiz habe zwar gewisse Ausnahmen erhalten, etwa beim Lohnschutz und bei den staatlichen Beihilfen – nicht aber bei der Personenfreizügigkeit, die politisch besonders umstritten ist.

Besonders deutlich wurde Ambühl bei der Einschätzung der institutionellen Neuerungen: Die Aussage, die Schweiz könne Rechtsübernahmen



jederzeit ablehnen, sei «beschönigend» – faktisch entstehe durch die neuen Regeln eine «EWR-isierung» des bilateralen Wegs. Zwar ohne vollumfängliche Pflichten wie beim Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), aber mit klaren Einschränkungen der demokratischen Mitsprache.

Im Gespräch mit dem Zürcher FDP-Präsidenten Filippo Leutenegger betonte Ambühl, dass der wirtschaftliche Nutzen des neuen Pakets begrenzt sei – gemessen an dem, was bereits vor den gezielten Druckmassnahmen der EU bestand. Für die Volksabstimmung, die frühestens 2028 erwartet wird, stellt sich für Ambühl deshalb die politische Kernfrage: Wie viel ist der Wegfall der «Nadelstiche» wert – angesichts der Preisgabe von Kompetenzen in zentralen Bereichen? (asü)

MOBILITÄT

Im Herbst wird über Tempo 30 auf Hauptachsen abgestimmt

Im Herbst entscheiden wir im Kanton Zürich, ob auf kantonalen Hauptverkehrsachsen im Grundsatz weiterhin Tempo 50 gelten soll oder ob Tempo 30 faktisch zum neuen Standard wird. Die FDP unterstützt Tempo 50 auf Hauptverkehrsachsen und empfiehlt deshalb ein Ja zur Mobilitätsinitiative.

Innerorts gilt als Grundregel Tempo 50 – so will es die eidgenössische Verkehrsregelverordnung. In den letzten Jahren haben aber gewisse Gemeinden begonnen, Tempo 30 auf kantonalen Hauptverkehrsstrassen einzuführen, selbst wenn dort auch Busse und Trams verkehren. So möchte etwa die Stadt Zürich gar auf der Rosengartenstrasse, auf der täglich über 55 000 Fahrzeuge fahren, Tempo 30 einführen.

Gegen diese schleichende Umgehung des Bundesrechts wurden gleich zwei kantonale Volksinitiativen lanciert:

- Die **ÖV-Initiative** fordert, dass Gemeinden, die ohne Notwendigkeit den öffentlichen Verkehr (ÖV) verlangsamen, für die höheren Kosten bei gleichzeitig schlechterer Qualität selber aufkommen müssen.
- Die **Mobilitätsinitiative** fordert, dass auf Hauptverkehrsachsen im Grundsatz weiterhin Tempo 50 gelten soll. Ausnahmen auf kurzen Strecken sind möglich, zum Beispiel um Schulen oder Quartierzentren.

Die beiden Initiativen wurden von Regierungs- und Kantonsrat behandelt:

- Die **ÖV-Initiative** wurde abgelehnt, aber ein vergleichbarer Gegenvorschlag angenommen. Deshalb wurde die ÖV-Initiative zurückgezogen. Wird kein Referendum ergriffen, tritt die Gesetzesänderung in Kraft.
- Die **Mobilitätsinitiative** wird zur Annahme empfohlen. Die Bevölkerung stimmt im Herbst darüber ab.

Die FDP Kanton Zürich unterstützt klar ein **Ja zur Mobilitätsinitiative**. Die Gründe:

1. Der Durchgangsverkehr soll weiterhin auf den Hauptachsen bleiben. Flächendeckendes Tempo 30 kann zu Schleichverkehr durch die Wohngebiete führen, was dort der Unfallgefahr und den Lärm erhöht.
2. Niedrigere Tempolimits führen zu längeren Reisezeiten und jährlich höheren volkswirtschaftlichen Kosten im dreistelligen Millionenbereich. Zugleich verteuern und verschlechtern sie das ÖV-Angebot.

3. Der Individualverkehr soll nicht ideologisch eingeschränkt werden. Auf Hauptachsen gibt es Alternativen zu Tempo 30, zum Beispiel lärmarme Beläge.
4. Die Kosten für Bau und Unterhalt der kantonalen Hauptverkehrsachsen werden vom Kanton getragen. Deshalb soll der Kanton über die Tempolimits auf diesen Achsen entscheiden. Berechtigte Ausnahmen mit Tempo 30 sind weiterhin möglich.



Marc Bourgeois,
Kantonsrat

Fotos vom Anlass Knacknüsse Bilateralen III



WECHSEL IM PRÄSIDIUM
DER FDP FRAUEN KANTON ZÜRICH:

Eine Erfolgsgeschichte geht weiter

Vier Jahre durfte ich das Präsidium der FDP Frauen Kanton Zürich innehalten, am Anfang zusammen mit Kamylla Lisi Brandino. Nun muss ich bereits wieder loslassen, denn am 8. März 2025 wurde ich zur Präsidentin der FDP Frauen Schweiz gewählt, und seit dem 9. April 2025 ist Fabienne Farner die neue Präsidentin der FDP Frauen Kanton Zürich – die Erfolgsgeschichte der FDP Frauen im Kanton Zürich geht damit weiter.

Nach dem Rücktritt als Präsidentin bleibe ich im Vorstand der FDP Frauen Kanton Zürich. Diesen Ablauf hat meine Vorgängerin Sibylla Stoffel Hahn vorgelebt. Das hat sich bewährt. Ein schrittweiser Rückzug funktioniert aber nur, wenn man wohlwollend und mit gegenseitigem Respekt miteinander umgeht, seine Rolle kennt. Und damit wären wir beim Rezept, das uns FDP Frauen weiterbringt: Es geht darum, offen und respektvoll auf andere zuzugehen, sich füreinander einzusetzen und gegenseitig zu unterstützen. Gemeinsam kommen wir weiter – auch in der Politik. Das haben wir bewiesen, und mit diesem Spirit sind wir unterwegs: Die Individualbesteuerung ist noch nicht in trockenen Tüchern, aber kurz vor dem Ziel. Die kantonalen Kinderabzüge sind eine Baustelle mit viel Luft nach oben. Homeoffice und flexible Arbeitszeiten sind leider keine Selbstverständlichkeit mehr, umso wichtiger ist es, diese Errungenschaften zu erhalten. Wir wollen gemischte Teams auf allen Ebenen im Job. Gute kantonale Kinderbetreuungsstrukturen sind für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine Notwendigkeit. Wir wollen, dass jede und jeder den eigenen Lebensentwurf frei wählen kann – so, wie es individuell am besten passt. Selbstbestimmung bedeutet für uns auch, die Konsequenzen dieses Weges zu tragen. Wir sind Macherinnen. Wir übernehmen Verantwortung, gestalten mit, verschaffen uns Gehör – zum Beispiel mit dieser Kolumne hier. Lust auf mehr? Dann bleiben Sie dran. Es lohnt sich. Mehr über uns erfahren Sie unter: www.fdp-frauen-zh.ch.

ZÜRCHER JUNGFREISINN

Liebe Bezirksparteipräsidenten, liebe Ortsparteipräsidenten, liebe Vorsitzende der Findungskommissionen ...

Am 8. März 2026 wählt der Kanton Zürich seine Gemeindeparlamente, Gemeinderäte, Stadträte, RPKs, GPKs und viele weitere Gremien neu. In Ihrer Gemeinde laufen die Vorbereitungen sicher schon: Listen werden erstellt und Kandidierende angefragt. Für Ihre grosse Arbeit jetzt und vor allem auch in den nächsten Monaten bedanke ich mich herzlich.

Ich wende mich heute als Vizepräsident der Jungfreisinnigen Kanton Zürich an Sie mit einem persönlichen Anliegen: Bitte geben Sie jungen Kandidatinnen und Kandidaten auf Ihrer FDP-Liste eine faire Wahlchance – durch erfolgversprechende Listenplätze.

Die 1600 Zeichen reichen mir nicht, um alle Vorteile aufzuzählen, die es für Sie ergibt, uns aufzustellen. Nur so viel: Unsere Mitglieder sind motiviert, engagiert und bereit, jetzt Verantwortung zu übernehmen. Die Kommunalpolitik lebt von der Vielfalt der Perspektiven. Junge Menschen bringen frischen Wind, neue Netzwerke (diese Netzwerke bestehen aus potenziellen Wählern ...) und ein feines Gespür für aktuelle Themen in die Fraktionen mit. Und wer ist schon besser prädestiniert, um den Social-Media-Account zu betreiben?

Da lokal meist keine Listenverbindungen möglich sind, treten wir bewusst nicht neben, sondern gemeinsam mit der FDP an – und das gut vorbereitet: Mit unserem Förderprogramm BOOST-26

schärfen wir das Verständnis für regionale Themen, trainieren Medienauftritte und üben Debatten.

Wenn wir in fünfzehn Jahren starke FDP-National- und -Regierungsräte haben wollen, müssen wir heute auf kommunaler Ebene die Weichen stellen. Ich bitte Sie, dies zu bedenken, wenn Sie Ihre Listen zusammenstellen ...



Benjamin Frei,
Vizepräsident Jungfreisinnige Kanton Zürich



Bettina Balmer,
Nationalrätin und Präsidentin der FDP Frauen Schweiz

AUS DEM REGIERUNGSRAT

Das Ergrauen der Schweiz

Das Demografieproblem belastet unsere Zukunft, denn uns gehen die Arbeitskräfte aus. Immer mehr Pensionierten stehen immer weniger Erwerbstätige gegenüber. Eine grosse Herausforderung ohne einfache Lösung, aber mit enormem Schadenspotenzial: Die Demografiefalle gefährdet unseren Wohlstand.

Schon in fünf Jahren werden im Kanton Zürich 16% mehr 65-Jährige als 20-Jährige leben. In der ganzen Schweiz steigt das Ungleichgewicht sogar auf über 30% an. Ein alarmierender Trend, der den dringenden Handlungsbedarf deutlich macht. Kein Wohlfahrtsstaat kann ein solches Missverhältnis zwischen arbeitender und pensionierter Bevölkerung lange aushalten.

Bisher war die Strategie klar: Die Zuwanderung stabilisiert das Verhältnis, bringt Arbeitskräfte, hält das Land jung. Doch nun zeigt eine Studie meines Amtes für Wirtschaft, dass dieser Weg ausläuft. Um das heutige Verhältnis zwischen Arbeitenden und Pensionierten zu halten, müsste sich die Zuwanderung verdoppeln. Das ist nicht realistisch und nicht machbar. Denn neben den innenpolitischen Vorbehalten trocknen auch die Pools aus, in denen die Schweiz ihre jungen Arbeitskräfte rekrutiert. Das Demografieproblem ist nämlich im europäischen Süden noch mehr betont als bei uns.

Italien (67 Pensionierte auf 100 Erwerbstätige im Jahr 2050), Portugal (69/100) und Spanien (65/100) sind am stärksten betroffen.

Deshalb müssen wir jetzt handeln. Aus liberaler Sicht gibt es verschiedene Lösungswege. Ein zentraler Ansatz ist die Produktivitätssteigerung durch technischen Fortschritt. Ich bin überzeugt: KI und Robotik haben das Potenzial, den Arbeitskräftemangel zu lindern. Dann müssen wir länger arbeiten. Wer heute 40 ist, wird nicht mit 65 in Pension gehen. Eine Erhöhung des Rentenalters ist zwar derzeit nicht mehrheitsfähig, aber schon bald gibt es keine Alternative mehr. Darauf müssen wir uns vorbereiten, im politischen und im privaten Bereich.

Schliesslich müssen wir mehr arbeiten. In höheren Pensen. Und zwar Frau und Mann. Deshalb hat mir auch die Initiative der FDP Frauen Schweiz zur Individualbesteuerung gefallen: Damit wären konkrete und lohnenswerte Anreize für die Menschen geschaffen worden, mehr zu arbeiten.

Wir müssen das Demografieproblem jetzt anpacken. Lasst uns diskutieren, was wir brauchen, was wir können – und was wir wollen!



Carmen Walker Späh,
Regierungsrätin FDP Kanton Zürich

VELOVORZUGSRUTE WOLLISHOFEN

Die FDP Zürich Kreis 2 setzt ein Zeichen gegen das ideologische Vorgehen der Stadt

Seit der Veloroutenabstimmung 2020 fühlen sich viele Anwohnende von Wollishofen betrogen. Die Stadt Zürich setzt ohne Rücksicht auf Verluste einen ideologischen Velo-Highway um. Die FDP Zürich Kreis 2 führt seither einen Kampf für mehr Verhältnismässigkeit, der Anfang Jahr in einer öffentlichen Demonstration gipfelte.

471 Einwendungen von der Stadt auf vier Seiten abgekanzelt

Die Pläne der Stadt zeigen, dass Versprechen der Abstimmungsvorlage nicht eingehalten werden. Statt Parkplätze zu «versetzen», werden 110 davon ersatzlos aufgehoben. Auf der Route befinden sich drei Schulhäuser mit rund 750 Kindern, deren Fussgängersicherheit nicht garantiert ist. Es gibt zu wenig Gewerbeumschlagsplätze, und mobilitätseingeschränkten Personen wird der Zutritt erschwert.

Dies führte zu 471 Einwendungen der Einwohnerschaft, welche von der FDP Zürich Kreis 2 unterstützt wurden. Zudem wurde von der Ortspartei ein kontradiktorisches Podium organisiert. Trotz all

dieser Bemühungen und Einwendungen folgte eine vierseitige städtische Ablehnung als Antwort – was die Einwohnerschaft zusätzlich verärgerte.

Voller Erfolg: öffentliche Aktion gegen die unverhältnismässigen Pläne der Stadt

Die FDP Zürich Kreis 2 organisierte im Februar 2025 zusammen mit bürgerlichen Vertretungen der Mitte und der SVP im Stadtkreis 2 und in Kilchberg sowie zusammen mit der Einwohnerschaft eine öffentliche Demonstration auf der geplanten Route, in welcher die Unzufriedenheit der Betroffenen gipfelte.

Die Aktion war ein voller Erfolg. Unter den rund 60 Teilnehmenden waren auch die Gemeindepräsidentin von Kilchberg sowie Mitglieder des Gemeinde- und des Kantonsrates Zürich und des Gemeinderates Kilchberg. Der Anlass wurde medial breit aufgegriffen – sowohl in regionalen als auch in nationalen Medien.

Mit einem Transparent und einer Strassensperre wurde der Unmut gegen die geplante unverhältnis-

mässige Umsetzung der Velovorzugsroute Wollishofen kundgetan. Die Strassenbenutzerinnen und -benutzer werden gegeneinander ausgespielt, anstatt die Bedürfnisse aller zu integrieren. Rund 30 berechnete Anwohnerinnen und Anwohner werden sich mit einer Einsprache zur Wehr setzen, und auch der Gemeinderat Kilchberg lehnt das Vorhaben ab, da er über den Riegel an seiner Stadtgrenze nicht einmal informiert wurde.

Die von Velodemonstranten am selben Tag angebrachten Schmierereien auf der Strasse wurden rasch entfernt, und der Kampf für eine verhältnismässige Verkehrspolitik in der Stadt Zürich geht weiter.



Ivette Djonova,
Präsidentin FDP Zürich Kreis 2

AUS DEN ORTSPARTEIEN

Freisinnige Erfolgsgeschichten im Kanton Zürich

In jeder Ausgabe werden Erfolgsgeschichten und Neuigkeiten aus verschiedenen Ortsparteien präsentiert. Erfahrt, wie Freisinnige sich für eine steuerfreundliche Gemeindepolitik einsetzen, beim Herbstmarkt präsent sind und mit Charme und Kreativität Zuzügerinnen und Zuzüger willkommen heissen. Habt ihr in eurer Ortspartei eine Erfolgsgeschichte, die ihr gerne teilen möchtet? Meldet euch gerne unter info@fdp-zh.ch.



Bezirk Horgen
**«Macher-Summit 2025»:
 Liberales Engagement der
 Amtsträgerinnen und Amts-
 träger für das Gemeinwohl**

Die Ortsparteien, Behördenvertreter, Gemeinderäte, Gemeindepräsidenten und Kantonsräte des Bezirks nahmen am diesjährigen Macher-Summit 2025 teil – einer Plattform, auf der man sich gegenseitig in einem Best-Practice-Format mit herausragenden Konzepten und Vorstössen bereicherte. Als FDP-Mitglieder tragen unsere Amtsträgerinnen und Amtsträger stets den «liberalen Kompass» bei sich und engagieren sich für effiziente Verwaltungsprozesse, die Eigenverantwortung unserer Bürgerinnen und Bürger sowie die nachhaltige und umweltverträgliche Sicherung unseres Wohlstandes. «Es war toll, zu sehen, wie viel Kreativität und Macher-Spirit in unseren eigenen Reihen vorhanden ist», so der Präsident der FDP Bezirk Horgen, Benjamin Schenk.



Stäfa
**Erfolg gegen die Stimmungsmache der Linken:
 Der Steuerfuss bleibt bei 78%.**

Die FDP Stäfa hatte an der letzten Gemeindeversammlung die Vorlage zur Festsetzung von Budget und Steuerfuss erfolgreich gegen die Stimmungsmache und Mobilisierung von links verteidigt. Im Rechnungsjahr 2021 waren der Souverän und die FDP Stäfa dem Gemeinderat gefolgt und hatten den Steuerfuss belassen, als die Kassen voll waren. Der Gemeinderat hatte bereits damals angekündigt, dass der Steuerfuss auch wieder erhöht werden müsse, wenn die Liquidität abgebaut sei. Diese transparente Kommunikation bewertete die FDP Stäfa positiv. «Zum jetzigen Zeitpunkt empfehlen wir, das Budget, welches uns ohne Kürzungen oder Einsparungen vorliegt, anzunehmen und den Steuerfuss bei 78% zu belassen», meint Ursula Tschanz, Präsidentin FDP Stäfa. Es müssten zuerst Sparmassnahmen ersichtlich werden und dürfe nicht auf Vorrat – mittels Steuererhöhung – Geld angehäuft werden und nur die Einnahmenseite im Fokus liegen. Der Souverän hat schliesslich der Vorlage knapp zugestimmt.



Andelfingen
Wahlerfolg in Andelfingen

Am 9. Februar dieses Jahres stand aufgrund eines Rücktritts die Wahl eines neuen Gemeinderatsmitglieds an. Nach einem eher ruhigen Wahlkampf gewann Marianne Schaub-Hristic im ersten Wahlgang mit einer sehr klaren absoluten Mehrheit gegen zwei parteilose Kandidaten. Die Verankerung von Marianne Schaub-Hristic in der Gemeinde sowie ihre langjährige Erfahrung in der RPK haben eindeutig zu ihrem Erfolg beigetragen. Der Gemeinderat besteht nun aus zwei FDP-, einem SVP- und zwei parteilosen Mitgliedern. Marianne Schaub-Hristic, die nun das Ressort Tiefbau und Werke leitet, ergänzt damit unseren anderen gewählten FDP-Vertreter Manuel Conrad, der für das Ressort Sicherheit zuständig ist.



Niederweningen
Erfolgreiche Initiative «Mitbestimmung sichern: Wieder mehr Kredite vors Volk!»

Die Vorstandsmitglieder der FDP Niederweningen brachten im Jahr 2024 eine Initiative vors Volk, mit der die Finanzkompetenzen des Gemeinderates halbiert wurden. Der Gemeinderat hatte zwei Jahre zuvor eine Erhöhung um das Vierfache durchgebracht. Erst nach der Erhöhung wurde bekannt, dass der Gemeinderat seine Kompetenzen Dutzende Male überschritten hatte. Die Initianten der FDP waren erfolgreich, obschon Gemeinderat und RPK Ablehnung beantragt hatten. Mit ihrer Initiative hat die Ortspartei die Mitspracherechte der Stimmbevölkerung im wichtigen Thema der Finanzen gestärkt.



Uitikon-Waldegg
**Steuerfuss sinkt:
 Liberale Politik trägt Früchte**

Dank umsichtiger Finanzpolitik konnte der mehrheitlich aus Mitgliedern der FDP bestehende Gemeinderat den Stimmberechtigten einen Antrag auf Senkung des Gemeindesteuerfusses auf 78% vorlegen. An der Gemeindeversammlung im November 2024 wurde der Antrag mit grossem Mehr genehmigt. Die Gemeinde Uitikon-Waldegg weist nun (zusammen mit anderen Gemeinden) den sechstiefsten Steuerfuss im Kanton auf. «Ich freue mich sehr über diese Steuersenkung», sagt der Ortsparteipräsident Raphael Wyss, «denn sie zeigt, dass liberale Politik Früchte trägt!»



Wädenswil
**Neuer Gemeinderatspräsident
 in Wädenswil**

Am 18. März 2025 wurde Roman Schafflützel zum Präsidenten des Gemeinderats Wädenswil gewählt. Seit Jahren setzt er sich für eine lösungsorientierte Politik und eine starke liberale Stimme in Wädenswil ein. In seiner neuen Rolle wird er die Sitzungen des Parlaments leiten und die Legislative nach aussen vertreten. Seine Wahl wurde im Restaurant Rössli mit Vertreterinnen und Vertretern aller Fraktionen gefeiert. Die FDP Wädenswil wünscht ihm ein erfolgreiches Präsidialjahr!



Stadt Zürich Kreis 7+8
**FDP 7+8 wehrt sich
 gegen Tempo 30
 auf Hauptverkehrsachsen**

Nachdem die Dienstabteilung Verkehr gegenüber dem Stadtrat Zürich beantragt hat, die von der FDP 7+8 verlangte Neubeurteilung der permanenten Verkehrsvorschriften hinsichtlich einer Tempo 30-Reduktion auf einer Hauptverkehrsachse abzuweisen, wird die Partei das Verfahren weiterziehen. Aus Sicht der Kreispartei ist es unverständlich, dass der ÖV wie auch der motorisierte Individualverkehr bewusst ausgebremst werden und das Quartier mit Stau und Schleichverkehr zusätzlich belastet wird.

AUS DEM KANTONS RAT

Energiegesetz: Klimaschutz ja – aber nicht mit der Brechstange

Der Kantonsrat hat das revidierte Energiegesetz beschlossen – samt Ziel Netto-Null bis 2040. Die FDP unterstützt das Referendum dagegen. Wer Klimaschutz ernst nimmt, muss ihn realistisch, wirtschaftsfreundlich und sozial verträglich gestalten.

Klimaschutz ist eine wichtige Aufgabe – auch für den Kanton Zürich. Doch bei der Revision des kantonalen Energiegesetzes hat sich eine rot-grüne Mehrheit im Kantonsrat zu ideologischer Symbolpolitik hinreissen lassen: Statt wie der Bund auf Netto-Null bis 2050 zu setzen, soll Zürich nun zehn Jahre früher klimaneutral sein – mit tiefgreifenden Folgen für Wirtschaft, Haushalte und öffentliche Hand.

Für die FDP ist klar: Das Ziel 2040 ist nicht nur überambitioniert, sondern auch unsozial und wirtschaftlich schädlich. «Klimaschutz erreichen wir

mit Innovation, Fortschritt und guten Rahmenbedingungen, nicht mit starrer Verbotspolitik», sagt FDP-Kantonsrätin Sarah Fuchs. FDP-Kantonsrätin Sonja Rueff-Frenkel sagt: «Die FDP hält am Ziel für 2050 fest, wie es von der Bevölkerung im Juni 2023 klar bestätigt wurde. Ein voreiliger Zeitplan wird nur unnötigen Druck erzeugen und die Kosten in die Höhe treiben.»

Besonders kritisch sieht die FDP die drohenden Folgen für den Wohnungsbau, die Versorgungssicherheit und die Energiepreise. Eigentümerinnen und Eigentümer werden zu teuren Sanierun-

gen gezwungen, Gemeinden geraten unter Druck, und Investoren verlieren die nötige Planungssicherheit.

«Diese Revision gefährdet Arbeitsplätze, verteuert das Wohnen und ist letztlich auch ökologisch ineffizient», warnt Fraktionschef Claudio Zihlmann. Statt auf Technologieoffenheit und Marktmechanismen setzt die rot-grüne Mehrheit auf planwirtschaftliche Detailsteuerung.

Die FDP steht zum Klimaziel 2050. Sie unterstützt Investitionen in klimafreundliche Technologien, eine sichere Stromversorgung und die Nutzung von Innovationen – aber nicht auf dem Rücken der Bevölkerung. Klimaschutz darf kein Elitenprojekt sein, sondern muss mehrheitsfähig und finanzierbar bleiben.

Darum unterstützt die FDP das Referendum, das die SVP ergriffen hat. Denn die Stimmberechtigten sollen entscheiden, welchen Weg Zürich im Klimaschutz einschlägt – mit Verboten und Bürokratie oder mit Innovation und Freiheit. (asü)



AUS DEM NATIONALRAT

«Investitionskontrollgesetz» – populistischer Angriff auf den Wohlstand der Schweiz

Eine unheilige Allianz von rechten Pseudopatrioten und linken Planwirtschaftern will den freien Kapitalmarkt in der Schweiz einschränken, gütig unterstützt von der Mitte. 2018 startete mit einer Motion in Bundesbern, was schon bald in eine weitreichende Kontrolle ausländischer Investitionen in die Schweizer Wirtschaft münden könnte – ohne Rücksicht auf den Schaden für den Unternehmensstandort und den Wohlstand.

Das Parlament forderte nach der Übernahme von Syngenta durch einen staatsnahen chinesischen Aktionär ein Gesetz für eine staatliche Investitionskontrolle bei Übernahmen von Firmen in der Schweiz durch ausländische Investoren. Der Bundesrat hielt dies für unnötig und schädlich für den Wohlstand in der Schweiz. Er wollte die Kontrollen deshalb wenigstens eng beschränken auf Fälle, welche die öffentliche Sicherheit und Ordnung betreffen. Der Nationalrat, im Regulierungsratsch, weitete den Anwendungsbereich aber massiv aus: auch auf private Investitionen und auf solche, die die Versorgung mit «essenziellen Gütern und Dienstleistungen» betreffen.

Die Covid-Krise und andere Störungen von Lieferketten haben gezeigt, dass nicht staatliche Kontrollen, sondern flexible und diversifizierte Versorgungsstrukturen in offenen Märkten die Versorgung sichern. Und als Hinweis an die Hei-

matschützer unter der Bundeshauskuppel: Syngenta hat ihr Engagement in der Schweiz seit 2018 nicht reduziert. Bei Wasser und Energie droht auch kein «Ausverkauf der Heimat», da die Versorgungsstrukturen im Wesentlichen in öffentlicher Hand sind. Es wird also ein ideologischer Phantomschmerz therapiert.

Die massive Ausweitung der Investitionskontrollen ist aber brandgefährlich. Gerade innovative Unternehmen – von Startups bis Grossfirmen – sind auf viel Kapital aus dem In- und Ausland angewiesen, z. B. im High-Tech-Sektor. Wer wird aber noch in der Schweiz investieren, wenn hier Bürokraten und Politiker entscheiden, was «essenzielle Güter und Dienstleistungen» sind und ob ein Verkauf der Firma in Zukunft möglich sein wird?

Leider ist auch der Ständerat auf den Gesetzesentwurf eingetreten, entgegen der Empfehlung

der vorberatenden Kommission. Es bleibt zu hoffen, dass er den Anwendungsbereich zumindest wieder auf den eng definierten Rahmen gemäss der Vorlage des Bundesrates zurückstutzt – für den Wohlstand in der Schweiz steht viel auf dem Spiel.



Beat Walti,
Nationalrat

Windenergie im Kanton Zürich – zu welchem Preis?

Der Regierungsrat setzt in seiner Energiestrategie teilweise auf Windräder. Wie viel Potenzial hat die Windkraft im Kanton Zürich? Wie stark sollen die Gemeinden bei der konkreten Umsetzung mitreden dürfen?

Pro

Ja zur Windkraft – mit Augenmass

Windkraft ist ein Thema, das bewegt – auch mich. Ich bin überzeugt: Die Versorgung mit erneuerbarer einheimischer Energie ist ein zentrales Anliegen unserer Zeit. Doch gerade deshalb müssen wir sorgsam abwägen, wie wir Windenergie im Kanton Zürich einsetzen. Im Richtplan hat der Regierungsrat 2022 mögliche Eignungsgebiete bezeichnet. Nun sollen diese planerisch verankert und die Verfahren beschleunigt werden – auch mithilfe eines neuen Plangenehmigungsverfahrens im kantonalen Energiegesetz.

Ich anerkenne den Auftrag, den der Kanton vom Bund erhalten hat. Und ich sehe das Potenzial, das Windkraft insbesondere im Winter bieten kann. Aber ich sehe auch die Risiken: Die landschaftlichen Eingriffe sind erheblich, die Akzeptanz in der Bevölkerung ist begrenzt, und Fragen zur Wirtschaftlichkeit sind offen. Seit der Bekanntgabe der Vorranggebiete mehren sich kritische Stimmen – Verunsicherung und Unklarheit herrschen vor.

Deshalb ist mir eines besonders wichtig: Der Regierungsrat muss den Dialog mit der Bevölkerung suchen – frühzeitig, ehrlich und transparent. Vertrauen entsteht nicht durch Druck, sondern durch Mitwirkung. Die vorgeschlagene freiwillige Beteiligung von Gemeinden und Anwohnenden ist ein guter Ansatz, reicht aber nicht. Es braucht verlässliche Informationen zum Windpotenzial, zu Auswirkungen auf Umwelt und Landschaft – und eine klare Kommunikation zum Ablauf der Verfahren.

Ich bin dagegen, dass einzelne Gemeinden ein Veto einlegen können – das würde eine gesamtantonale Planung verunmöglichen. Aber ich bin sehr dafür, dass Gemeinden und Bevölkerung von Anfang an mitreden können, denn Akzeptanz vor Ort ist entscheidend. Ich stehe für eine Energiepolitik ein, die Versorgungssicherheit schafft – aber nicht gegen die Interessen von Mensch und Natur.

Windkraft kann Teil der Lösung sein. Aber nur, wenn wir sie klug, umsichtig und mit Respekt gegenüber den betroffenen Regionen realisieren.



Barbara Franzen

Barbara Franzen,
Kantonsrätin FDP, Co-Präsidentin
Fachkommission Umwelt und Energie

Kontra

Nutzen-Ertrags-Verhältnis von Windkraft steht im Kanton Zürich in keinem Verhältnis

Nach Plänen der Baudirektion sollen im Kanton Zürich ca. 100 Windturbinen mit Höhen bis 220 Meter entstehen. Die Stromausbeute wird gemäss Windatlas des Bundes bei hiesigen Windverhältnissen gering sein. Einen signifikanten Beitrag an die wichtige Energieversorgungssicherheit kann die stark schwankende Windstromproduktion nicht leisten. Der Nutzen steht damit in keinem Verhältnis zu den beträchtlichen Kosten, Auswirkungen und drastischen Eingriffen in die Natur. Zudem gibt es mit Photovoltaik, Geothermie und erhöhter Stromeffizienz sinnvollere Massnahmen, um die Stromlücke zu schliessen.

Die Schweiz ist aufgrund der Windverhältnisse für die Nutzung der Windkraft grundsätzlich ungeeignet. Der Kanton Zürich weist auch im landesweiten Vergleich ein sehr geringes Potenzial auf, wie auch die Baudirektion des Kantons Zürich noch 2016 feststellte.

Geringer Stromertrag: Die Baudirektion geht davon aus, dass ein Windrad mit einer Höhe von 220 Metern ca. 8 GWh Energie produzieren kann. Der gesamte Windpark am Gotthard produziert mit 5 Windrädern einen Jahresertrag von 11 bis 13 GWh. Als Vergleich: Die Kehrriechverbrennungsanlage Hagenholz produziert etwa 126 GWh, das Wasserkraftwerk Grande Dixence 2000 GWh und das KKW Leibstadt im Vollbetrieb bis zu 9700 GWh. Selbst um die Leistung des Flusskraftwerks Eglisau zu erreichen, müssten über 40 Giga-Windturbinen gebaut werden.

Massive Auswirkungen: Windturbinen mit Höhen von 220 Metern würden sämtliche heutigen Bauwerke im Kanton überragen, der Prime Tower ist 165 Meter hoch. Neben der offensichtlichen Entstellung vertrauter Landschaft durch solche gigantischen Anlagen und der Reduzierung von Standort- und Lebensqualität im Kanton vermindern Windturbinen auch den Wert von Immobilien in ihrer Umgebung. Weiter beeinträchtigen Schall, Infraschall und Schattenwurf Gesundheit und Wohlbefinden der Anwohnenden, und es müssen beträchtliche Flächen Wald gerodet werden.



Raphael Alder

Raphael Alder,
Gemeinderat FDP Russikon



Die eidgenössische Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)» der Juso vernichtet den Schweizer Wohlstand und führt zu massiven Steuererhöhungen für den Mittelstand. Dem Bund, den Kantonen und den Gemeinden würden Milliarden von Franken fehlen: in den Schulen, bei der öffentlichen Sicherheit und sogar im Klimaschutz.

Das fordert die Juso-Enteignungsinitiative

Die Jungsozialisten (Juso) und ihre Verbündeten fordern eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent auf Vermögen ab 50 Millionen Franken. Diese Steuer soll ohne Ausnahmen gelten und zusätzlich zu allen bestehenden kantonalen Einkommens-, Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuern erhoben werden.

Brisant ist auch die geforderte sofortige Umsetzung: Die Enteignung soll ab dem Tag der Abstimmung

gelten, noch bevor sich Bundesrat und Parlament mit der Umsetzung befassen konnten. So wenig ist den Jungsozialisten unsere Demokratie wert!

In Wahrheit will die Linke unter dem Vorwand des Klimaschutzes schlicht und einfach die grössten Vermögen enteignen – ohne Rücksicht auf die Konsequenzen für die Schweiz – und ihr sozialistisches Wirtschaftsmodell durchsetzen. Klar ist, dass die Initiative eine Auswanderungswelle aus-

löst, die enorme Löcher in den Staatsfinanzen hinterlässt. Laut Zahlen des Bundes würden durch eine solche Steuer jährlich bis zu 3,7 Milliarden Franken an Steuereinnahmen verloren gehen.

Der Bundesrat und der Nationalrat empfehlen die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung.

Der Ständerat wird in der Sommersession entscheiden. Die Volksabstimmung könnte so am 30. November stattfinden.

Nein zu neuen Steuern für den Mittelstand und KMU

Entgegen den ideologischen Behauptungen der Sozialistinnen und Sozialisten werden nicht die Reichsten zur Kasse gebeten. Diese haben die Möglichkeiten, ihren Wohnsitz ins Ausland zu verlegen. Es sind der Mittelstand und die kleineren und mittleren Unternehmen, die letztlich die Steuerausfälle kompensieren müssen. In Zeiten allgemeiner Teuerung ist es inakzeptabel, dass gerade diejenigen, die zum Wohlstand der Schweiz beitragen, mit neuen Steuerbelastungen konfrontiert werden.

Die FDP setzt sich mit aller Kraft gegen diese Initiative ein

Die FDP lehnt die Juso-Enteignungsinitiative entschieden ab und führt den bürgerlichen Widerstand der NEIN-Allianz an. Parallel zur Frühjahrssession von National- und Ständerat im März hat die FDP die erste Welle der FDP-Kampagne lanciert. Sie ergänzte das Lobbying im Bundeshaus und trug die Debatte in die Öffentlichkeit.

Die dreiwöchige Kampagne brachte unsere Kernbotschaft klar auf den Punkt: Am Ende zahlt der Mittelstand die Steuerausfälle.

«Am Ende zahlt der Mittelstand die Steuerausfälle.»

Mit diesem frühen Start betonte die FDP die zentrale Bedeutung, dieses Themas. Die FDP setzt alles daran, den Mittelstand vor neuen Steuern zu schützen und den Zwangsverkauf von Familienunternehmen zu verhindern.

FDP
Die Liberalen

**Man kann es drehen,
wie man will.**

Am Ende bezahlt der Mittelstand die Steuerausfälle.

Fakten bleiben Fakten: Die milliarden schweren Steuerausfälle der Juso-Enteignungsinitiative fallen zurück auf den Mittelstand. Wenn die besten Steuerzahler durch die 50%-Erbchaftssteuer zur Auswanderung getrieben werden, fehlen in den Kassen von Gemeinden, Kantonen und Bund jedes Jahr bis zu 3'700'000'000 Franken.

- Die FDP schützt den Mittelstand vor neuen Steuern.
- Die FDP verhindert den Zwangsverkauf von Schweizer Familienunternehmen.
- Die FDP verhindert den Kahlschlag beim Service Public.



Scannen und mitmachen:
Hier geht's zum
Testimonial-Generator.

**Nein zur Juso-
Enteignungsinitiative**

juso-enteignungsinitiative.ch



Nadine Racine,
Campaignerin

NEIN zum Verbot internationaler Adoptionen!

Interview mit Nationalrat Simone Gianini

Bundesrat und Justizminister Beat Jans will, dass Schweizerinnen und Schweizer künftig keine Kinder mehr aus dem Ausland adoptieren dürfen. Die FDP stellt sich entschieden gegen dieses Verbot.

Nationalrat Simone Gianini und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter konnten kürzlich einen wichtigen Etappensieg erringen: Die Mehrheit der Rechtskommission des Nationalrats (RK-N) spricht sich gegen das geplante Verbot aus – und folgt damit der Haltung der FDP.

1 Simone, wieso bekämpft die FDP das von Bundesrat Beat Jans geplante Verbot internationaler Adoptionen?

Die FDP ist grundsätzlich gegen Verbote – insbesondere dann, wenn sie wie in diesem Fall falsch, unverhältnismässig und kontraproduktiv sind. Ende Januar 2025 hat der Bundesrat entschieden, internationale Adoptionen in der Schweiz künftig verbieten zu wollen. Begründet wurde dieser Entscheidung damit, dass ein generelles Verbot notwendig sei, um Kinder in den Herkunftsländern vor Missbrauch zu schützen.

Dieser Ansatz ist aber falsch: Ein generelles Verbot schützt die Kinder nicht besser – im Gegenteil. Es verbaut ihnen diese zusätzliche Schutzmassnahme und die Chance auf ein besseres Leben in der Schweiz. Ein solcher Schritt widerspricht unserer humanitären Tradition, unserer lösungsorientierten Haltung und dem liberalen Grundverständnis von Offenheit und Verantwortung.

2 Bundesrat Jans hat aufgezeigt, dass Missbräuche stattfanden.

Das stimmt. Studien haben erhebliche Missstände in den 1970er- bis 1990er-Jahren aufgezeigt. Diese müssen aufgearbeitet werden – insbesondere durch den aktiven Einbezug von Adoptivkindern, welche teilweise noch heute auf der Suche nach ihrer Herkunft sind.



Bild: Simone Gianini, Nationalrat

«Ein generelles Verbot schützt die Kinder nicht besser – im Gegenteil. Es verbaut ihnen diese zusätzliche Schutzmassnahme, sowie die Chance auf ein besseres Leben in der Schweiz.»

Seither wurden die Rahmenbedingungen zu Recht deutlich verschärft. Die Verfahren sind heute streng reguliert und dauern oft mehrere Jahre. Zudem hat das Haager Übereinkommen zum Schutz

von Kindern die Zahl der als vertrauenswürdig anerkannten Herkunftsländer deutlich reduziert. Heute finden in der Schweiz nur noch einige Dutzend internationale Adoptionen pro Jahr statt – unter klar definierten überprüfbaren Voraussetzungen. Indem diese Kontrollen verbessert werden, lassen sich Missbräuche verhindern.

Die richtige Antwort auf frühere Fehler besteht also nicht darin, sich aus dem System zurückzuziehen, sondern es weiterhin gezielt zu verbessern. Denn für einige Kinder ist eine internationale Adoption nach wie vor die einzige reale Schutzmassnahme und Zukunftsperspektive. Genau dafür setzt sich die FDP ein.

3 Eure Motion kommt nun ins Parlament. Wie schätzt du die Chancen ein? Kann die FDP dieses Verbot verhindern?

Die Rechtskommission hat unsere Motion gegen das Verbot mit 19 zu 6 Stimmen unterstützt. Die solide parteiübergreifende Mehrheit ist ein starkes Zeichen an den Bundesrat. Wenn die Parteien dem Votum ihrer Kommissionsvertreter folgen, stehen die Chancen gut, dass das Verbot im Parlament verhindert wird. Dies dank der Anstrengungen der FDP-Delegation in der RK-N und unserer Partei, welche sich als erste Partei auf nationaler Ebene entschieden gegen ein Verbot internationaler Adoptionen ausgesprochen hat.



Fanny Dietschi, Verantwortliche Freisinn

Verteidige deine Altersvorsorge!

Mut zur Erneuerung und zur Effizienz

**NEIN ZUR
VORSORGE-
STEUER!**

**SAG DEM
BUNDESRAT
DEINE
MEINUNG**



Auf Druck der Linken erwägt der Bundesrat, Kapitalbezüge in der zweiten und der dritten Säule schärfer zu besteuern. Die FDP kämpft konsequent für die Interessen des sparenden Mittelstandes und wehrt sich gegen neue Steuern.

Der Bund hat ein Ausgabenproblem. Es ist die Pflicht aller Politikerinnen und Politiker, die Bundesfinanzen wieder ins Lot zu bringen. Doch anstatt

konsequent zu sparen, soll nun der Mittelstand mit noch mehr Steuern belastet werden. Bereits im September 2024 verhinderten die SP und die SVP eine

dringend nötige Reform der zweiten Säule, welche besonders Frauen und Teilzeitarbeitende besser versichert hätte. Und nun soll noch eine Vorsorgesteuer auf das eigenverantwortliche Sparen in der dritten Säule hinzukommen. Doch wer sein Leben lang hart arbeitet und aktiv für den eigenen Ruhestand spart, darf nun nicht noch stärker zur Kasse gebeten werden!

Die FDP wird jeden Angriff auf unser Drei-Säulen-System in der Altersvorsorge abwehren und sich konsequent für die Interessen des Mittelstandes einsetzen.

Deshalb fordern wir:

1. Personen mit Beitragslücken in der dritten Säule sollen diese nachträglich schliessen dürfen. Dies stärkt besonders auch die Vorsorge derjenigen, die in jungen Jahren kein 3a-Konto hatten, als Selbstständigerwerbende die Mittel dafür nicht aufbringen konnten oder mangels AHV-pflichtigen Einkommens (z. B. Mutterschaft oder Ausbildung) nicht einzahlen konnten.
2. Einführung von Teilbezugsmöglichkeiten von Vorsorgegeldern.
3. Tiefe Einkommen sollen ebenfalls in der beruflichen Vorsorge versichert sein.
4. Die systemfremde Umverteilung im BVG muss gestoppt werden.

Der Staat muss endlich das Sparen lernen und nicht den Bürgern das Sparen vermiesen.

Unterzeichnen Sie deshalb jetzt die Petition zum Schutz unseres Vorsorgevermögens – NEIN zur Vorsorgesteuer!



Hilf uns jetzt, Druck auf den Bundesrat auszuüben und so unsere Altersvorsorge zu retten! Erstelle in wenigen Schritten deine persönliche Vernehmlassungsantwort!



Christopher Ulmer,
Kommunikationschef lateinische Schweiz

Bild: Symbolbild Polizei



Nein zum links-grünen Angriff auf unsere Polizei!

Die Kriminalität in der Schweiz nimmt zu!

Die Kriminalität in der Schweiz nimmt zu:

- +19% bei schweren Gewalttaten: Das Bundesamt für Statistik hat besonders bei schwerer Körperverletzung und Vergewaltigungen einen enormen Zuwachs registriert.
- Häusliche Gewalt: Im Vergleich zum Vorjahr nahmen Fälle von schwerer Körperverletzung um 20 Prozent zu, Vergewaltigungen um 30 Prozent.
- Europäische Städte verzeichneten 2023 und 2024 einen starken Anstieg von Terroranschlägen, welche auch in der Schweiz eine reale Gefahr darstellen.

Links-Grün will unsere Polizei entwaffnen. Ausgerechnet jetzt, wo die Kriminalität in unserem Land zunimmt. Die FDP und über 25 000 Bürgerinnen und Bürger wehren sich dagegen.

Die rot-grüne Mehrheit im Lausanner Parlament ist ausser Rand und Band: Sie fordert, dass die Stadtpolizistinnen und Stadtpolizisten in Zukunft ohne Waffe unterwegs sind. Die FDP hat umgehend reagiert und setzt sich für eine handlungsfähige Polizei und den Schutz unserer Bevölkerung ein.

Meyer, Wermuth und Mazzone tauchen unter
Innert einer Woche konnten wir über 25 000 Menschen mobilisieren, die gegen diesen links-grünen Irrsinn kämpfen. Gemeinsam mit ihnen haben wir

ein Schreiben Matteo Meyer (SP), Cédric Wermuth (SP) und Lisa Mazzone (Grüne) gesendet, welche jedoch alle drei untergetaucht sind. Gleichzeitig sprechen die Zahlen der jüngsten Kriminalstatistik eine klare Sprache (siehe Box oben.) Wir bleiben dran! Die gefährliche Idee von Links-Grün darf sich nicht auf andere Städte ausbreiten. Deshalb hat die FDP-Fraktion eine Interpellation an das von Bundesrat Beat Jans geleitete Polizeidepartement gerichtet. Unsere Polizistinnen und Polizisten müssen jederzeit schnell und effizient auf gefährliche

Situationen reagieren können – für die Sicherheit unserer Bevölkerung und zum eigenen Schutz.



Matia Demarmels, Kommunikationschef

Stop aux attaques contre nos policières et nos policiers
Madame la Présidente, Chère Lisa,

Comme de nombreux citoyens et citoyens de notre pays, nous avons été choqués que vos élus lausannois aient unanimement voté en faveur du désarmement de la police.

À l'heure où la violence et les féminicides augmentent, vouloir désarmer la police est irresponsable et témoigne d'une grande méconnaissance du terrain et des menaces quotidiennes auxquelles la population et les forces de l'ordre sont confrontés. Ce constat est partagé par les plus de 25'000 personnes qui ont déjà signé la pétition du PLR contre le désarmement de la police, signe de la confiance dont bénéficient les forces de l'ordre au sein de la population.

Rien qu'en 2023, 2057 cas de violences graves ont été enregistrés en Suisse, soit une augmentation de 5,9% par rapport à l'année précédente.

Les policières et les policiers exercent un métier difficile et dangereux. Ils s'engagent quotidiennement avec professionnalisme pour notre sécurité et le bien commun. Nos forces de l'ordre méritent d'être correctement équipées et de bénéficier du plein soutien des autorités politiques.

Par respect et solidarité envers les policières et les policiers qui peuvent être amenés à risquer leur vie pour protéger la nôtre, nous vous invitons donc à publiquement rejeter cette expérimentation sociale dangereuse de vouloir désarmer la police avant qu'elle ne se propage dans d'autres villes suisses.

Dans l'attente de vous lire, nous vous adressons nos meilleures salutations

PLR, Les Libéraux Radicaux

Thierry Burkart
Conseiller aux Etats et Président du PLR

Danielle Cottier
Conseiller national et Présidente du groupe PLR des Chambres fédérales

Stop aux attaques contre nos policières et nos policiers
Madame, Monsieur les Co-Présidents, Chère Matia, Cher Cédric,

Comme de nombreux citoyens et citoyens de notre pays, nous avons été choqués que vos élus lausannois aient unanimement voté avec les Verts et l'aextrême gauche en faveur du désarmement de la police.

À l'heure où la violence et les féminicides augmentent, vouloir désarmer la police est irresponsable et témoigne d'une grande méconnaissance du terrain et des menaces quotidiennes auxquelles la population et les forces de l'ordre sont confrontés. Ce constat est partagé par les plus de 25'000 personnes qui ont déjà signé la pétition du PLR contre le désarmement de la police, signe de la confiance dont bénéficient les forces de l'ordre au sein de la population.

Rien qu'en 2023, 2057 cas de violences graves ont été enregistrés en Suisse, soit une augmentation de 5,9% par rapport à l'année précédente.

Les policières et les policiers exercent un métier difficile et dangereux. Ils s'engagent quotidiennement avec professionnalisme pour notre sécurité et le bien commun. Nos forces de l'ordre méritent d'être correctement équipées et de bénéficier du plein soutien des autorités politiques.

Par respect et solidarité envers les policières et les policiers qui peuvent être amenés à risquer leur vie pour protéger la nôtre, nous vous invitons donc à publiquement rejeter cette expérimentation sociale dangereuse de vouloir désarmer la police avant qu'elle ne se propage dans d'autres villes suisses.

Dans l'attente de vous lire, nous vous adressons nos meilleures salutations

PLR, Les Libéraux Radicaux

Thierry Burkart
Conseiller aux Etats et Président du PLR

Danielle Cottier
Conseiller national et Présidente du groupe PLR des Chambres fédérales

Deshalb hat die FDP zum Schutz unserer Bevölkerung eine Petition gestartet und sagt: «NEIN zur Entwaffnung unserer Polizei!»

QUESTION INTERPELLATION

Désarmer la police : Quelle est l'évaluation du Conseil fédéral concernant cette initiative de la gauche ?

Deposé par: **EDOUARD LEBERT, ARMAND**

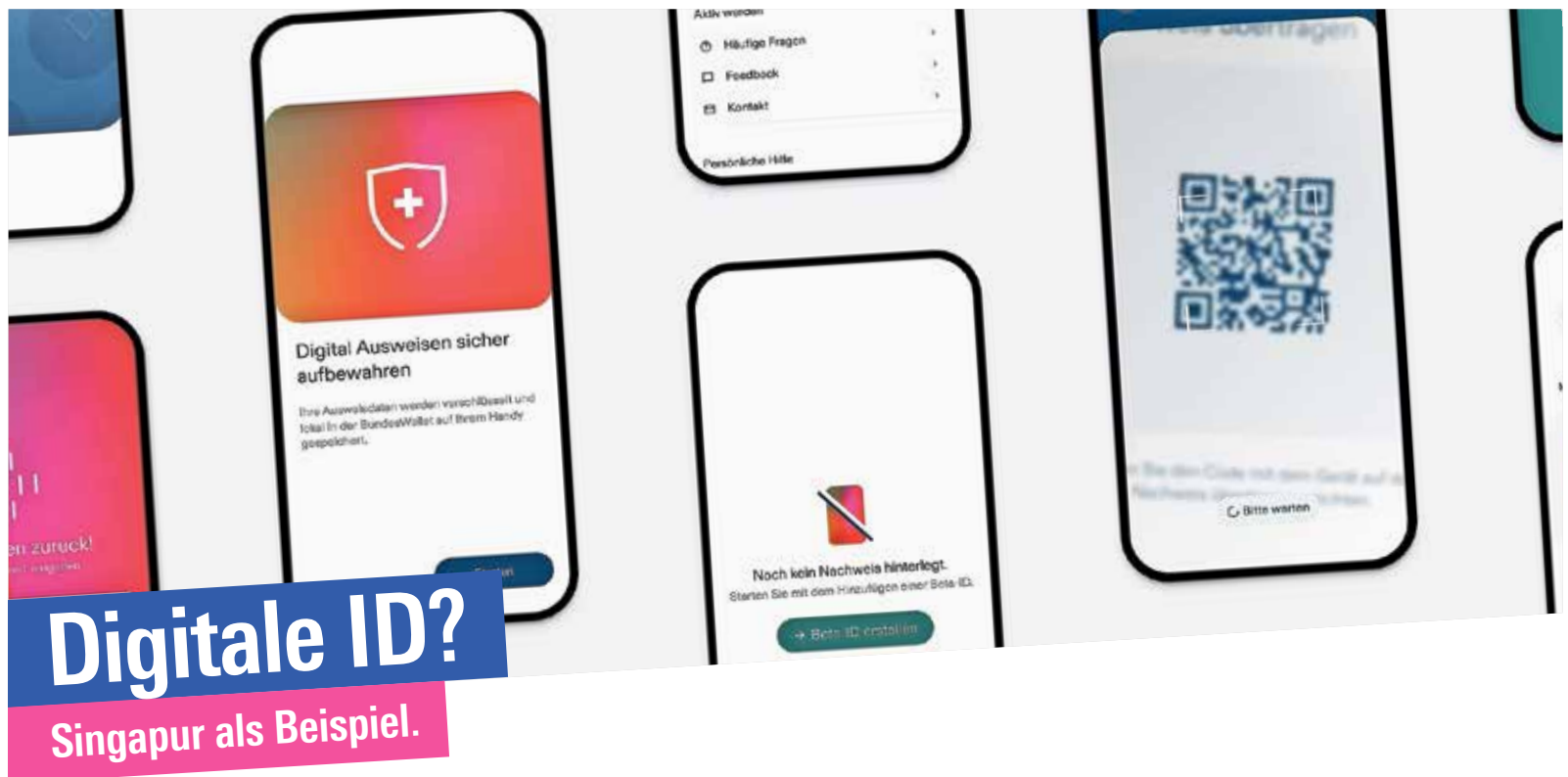
Outre: **DE GIATRO, JACQUES**

Date de dépôt: **21.03.2025**

Deposé au: **Conseil fédéral**

Etat des distributions: **Déposé**

Visualisierungen der geplanten Schweizer e-ID, Bild: eid.admin.ch



Während wir in der Schweiz noch auf die Einführung der elektronischen ID warten, haben mehrere Länder bereits erfolgreich ähnliche Systeme etabliert. «Singpass» aus Singapur ist ein hervorragendes Beispiel dafür, welchen Nutzen die Digitalisierung sowohl für Bürger als auch für die Wirtschaft mit sich bringt.

Was ist die e-ID «Singpass»?

Singpass ist seit 2017 das offizielle digitale Identitätssystem Singapurs. Es ermöglicht den Bürgern, sicher auf eine Vielzahl von Regierungsdiensten und Anwendungen des privaten Sektors zuzugreifen, und das mit einer einzigen digitalen Identität. Die Authentifizierung erfolgt über mobile Geräte oder Webbrowser, wodurch die Notwendigkeit mehrerer Passwörter entfällt. Mit über 2700 integrierten Dienstleistungen verbessert Singpass den Komfort der Nutzer, während gleichzeitig Datensicherheit und Datenschutz priorisiert werden.

Welche Vorteile hat eine e-ID?

In Singapur können neben den Behörden auch verschiedene private Dienstleistungen effizient verwaltet werden. Eine neue Kreditkarte beantragen? Dank Singpass ist dies in wenigen Minuten möglich, und die Bank erhält die verifizierten Daten, die der Benutzer freigeben muss. Die Digitalisierung führt zudem zu einer erheblichen Reduzierung des Papierverbrauchs und vereinfacht Prozesse – sowohl für Nutzer als auch für Behörden und Unternehmen. Ähnliche digitale IDs sind in vielen Ländern verbreitet, insbesondere in Asien. Entgegen gewisser Bedenken erhöht die Digitalisierung die Sicherheit, sofern der Datenschutz gewährleistet ist.

Datensicherheit – Beispiel Singapur

Singapur sichert die Daten von Singpass durch Zwei-Faktor-Authentifizierung und fortschrittliche Verschlüsselungstechnologien. Diese Massnahmen gewährleisten den Schutz der privaten Informationen der Nutzer. Zudem unterliegt Singpass strengen Datenschutzrichtlinien und wird regelmässig auf Sicherheitsrisiken überprüft. Die Nutzer werden auch über Sicherheitsrichtlinien informiert, um deren Bewusstsein für potenzielle Risiken zu schärfen.

Die FDP International unterstützt die e-ID

Die FDP setzt sich aktiv für die Digitalisierung ein. Insbesondere die FDP International hat seit Jahren auf die Nachfrage von Schweizer Bürgern im Ausland hingewiesen, dass die Schweiz in der Digitalisierung Nachholbedarf hat. Neben der e-ID bleibt auch das e-Voting ein wichtiger Schritt in die Zukunft.

Das korrekte Verhalten der Nutzer ist entscheidend, und die Schweiz hat hier Aufholbedarf. Während viele Schweizer bereitwillig persönliche Informationen über soziale Medien oder verschiedene Apps mit Fremden teilen, wird dem Staat oft nicht das notwendige Vertrauen hinsichtlich des Datenschutzes entgegengebracht. Dieses Problem

muss angegangen werden, und die FDP International hofft, dass die geplante Schweizer e-ID im kommenden Jahr erfolgreich lanciert wird und die Bedenken überwunden werden können.

Erfolge im Ausland als Inspiration

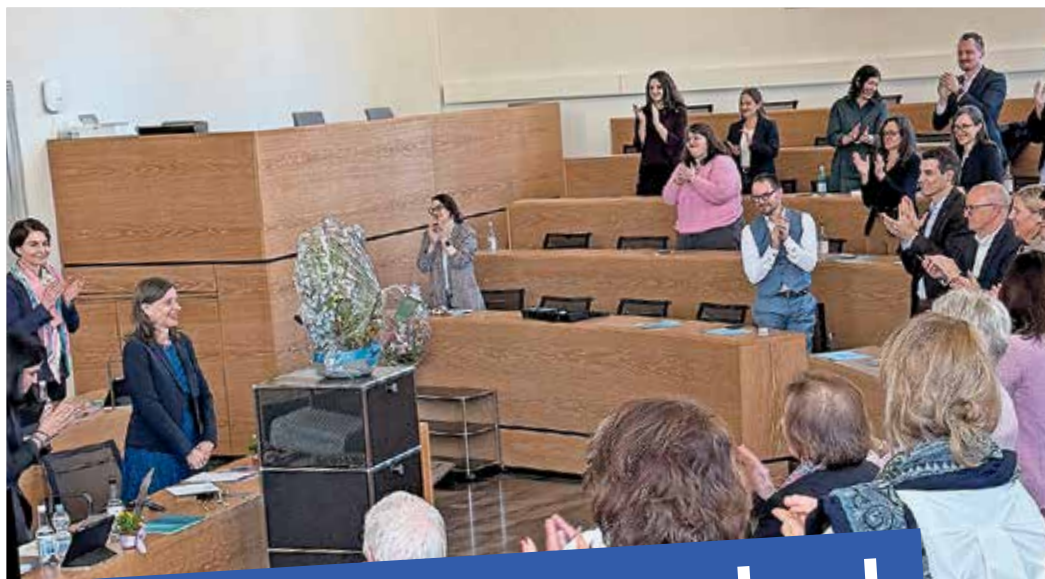
«Singpass» zeigt, wie digitale Identitäten den Zugang zu Regierungsdiensten revolutionieren können. Für die Schweiz ist dieses System ein gutes Beispiel dafür, wie digitale Lösungen administrative Prozesse effizienter gestalten können. Die Vorteile von Zugänglichkeit, Sicherheit und der Konsolidierung von Dienstleistungen sind auch für die Schweiz relevant. Die Integration mit privaten Anbietern in Asien zeigt, dass eine wechselseitige Inspiration im digitalen Bereich möglich und wünschenswert ist.



Urs Brudermann,
Vorstand FDP International

FDP-Frauen

Bettina Balmer wurde einstimmig per Akklamation zur neuen Präsidentin der FDP Frauen Schweiz gewählt.
Bild: GV FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz



Präsidentinnenwechsel und Individualbesteuerung

Wechsel bei den FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz

Bettina Balmer wurde einstimmig zur neuen Präsidentin gewählt. Am 8. März 2025 versammelten sich die FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz zur Generalversammlung im Grossratsgebäude in Aarau – ein symbolträchtiges Datum, da die Veranstaltung auf den Internationalen Frauentag fiel. Ein Tag, der für Gleichberechtigung und Fortschritt steht – Werte, die auch die FDP Frauen vertreten.

Ein zentraler Moment der Generalversammlung war der Präsidentinnenwechsel: Nach Jahren engagierter Führung übergab Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher das Amt an Bettina Balmer. Die abtretende Präsidentin aus dem Kanton St. Gallen prägte

die FDP Frauen Schweiz in ihrer Amtszeit insbesondere mit der Individualbesteuerungsinitiative. Dafür gebührt ihr grosser Dank. Mit Bettina Balmer übernimmt eine weitere profilierte FDP Politikerin das Präsidium. Die Kinderchirurgin und Nationalrätin



Präsidentinnenwechsel bei den FDP Frauen Schweiz:
links: neue Präsidentin Bettina Balmer
rechts: bisherige Präsidentin Susanne Vincenz-Stauffacher



Geschäftsführerinnenwechsel:
Präsidentin Bettina Balmer (links) und
Geschäftsführerin Céline Büchel der
FDP Frauen Schweiz

aus Zürich engagierte sich bereits als Präsidentin der FDP Frauen Kanton Zürich intensiv für die Anliegen liberaler Frauen. Ihr tiefgehendes Verständnis für nationale Politik, ihr starkes Netzwerk und ihre klare, freisinnig-liberale Haltung machen sie zur idealen Nachfolgerin.

Die Geschäftsleitung der FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz sprach ihr einstimmig die Empfehlung aus – eine Einschätzung, die von den Mitgliedern mit einer ebenso einstimmigen Wahl bestätigt wurde. Herzliche Gratulation, Bettina Balmer!

Die FDP Frauen bleiben ihrer progressiven, freisinnig-liberalen Politik treu

Im Fokus stehen weiterhin die Individualbesteuerung und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wir stehen ein für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit, faire Renten, Gendermedizin, Bildung und Sicherheit. Gleichberechtigung erachten wir als selbstverständlich – jede Frau in der Schweiz soll ihren individuellen Lebensweg frei wählen können.

Die Individualbesteuerung bleibt im Fokus

Die Individualbesteuerung ist für die FDP Frauen Schweiz auch unter dem neuen Präsidium eine Herzensangelegenheit und eine der ganz wichtigen Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Mit grossem Interesse verfolgen wir die Verhandlungen im Parlament und haben mit einem gewissen Erstaunen das Ränkespiel der Mitte im Ständerat zur Kenntnis genommen. Um so mehr freuen wir uns über die Standhaftigkeit der FDP Ständeräte. Nun gilt es, die Individualbesteuerung respektive den bundesrätlichen Gegenvorschlag dazu sicher ins Ziel bringen. Wir bleiben dran und sind zuversichtlich: JA zur Individualbesteuerung!

Wechsel in der Geschäftsführung

Auch in der Geschäftsführung gab es ab dem 1. April 2025 einen Wechsel: Flavia Aebli übergab die Rolle an Céline Büchel. Mit ihrer langjährigen Erfahrung als Strategieberaterin in renommierten Unternehmen und ihrer Tätigkeit als Dozentin an der Universität Zürich für Chemie und Wirtschaft bringt Céline Büchel wertvolle Expertise mit, um die FDP Frauen weiter voranzubringen – insbesondere dank ihrer strategischen Ausrichtung und ihrem Wissen im MINT-Bereich.



Céline Büchel, Geschäftsführerin FDP Frauen

Medienkonferenz zur Kündigungsinitiative, v.l.: NR Christian Wasserfallen, NR Damien Cottier, SR Thierry Burkart, NR Jacqueline de Quattro, SR Damian Müller



Fehlende Arbeitskräfte und massive Asyلمigration

Nein zur brandgefährlichen SVP-Kündigungsinitiative

Mit ihrer Kündigungsinitiative will die SVP den bewährten bilateralen Weg abbrechen. Ausgerechnet jetzt, wo Russland einen völkerrechtswidrigen Krieg führt und Trump den Welthandel sabotiert, sollen die alten, bewährten Verträge der Schweiz fallen. Die FDP wird die Initiative mit aller Kraft bekämpfen.

Wir befinden uns in unsicheren Zeiten und dürfen gerade jetzt die bewährten bilateralen Verträge mit der EU nicht zerstören. Die Schweiz und ihre Nachbarn können sich nicht mehr darauf verlassen, dass die USA Europa im Falle eines bewaffneten Konfliktes zu Hilfe eilt. Hinzu kommt die globale wirtschaftliche Unsicherheit, nachdem das Weisse Haus am 2. April scheinbar willkürliche Zölle erlassen hat. Ein Bruch mit unserem wichtigsten Handelspartner ohne Plan B ist deshalb nicht nur unverantwortlich, sondern auch gefährlich.

Weniger Arbeitskräfte, mehr Asyلمigration

Eine Annahme der Kündigungsinitiative würde einen Asyلكollaps provozieren. Denn die Schengen-Dublin-Verträge würden gekündigt, da diese auf der Personenfreizügigkeit aufbauen. Zehntausende in den Dublin-Staaten abgewiesene Migranten würden somit in die Schweiz kommen, da sie hier ein zweites Asylgesuch stellen dürften.

Spitäler kollabieren, Baustellen verwaisen, Bauern lassen ihre Ernten verrotten

Mit der Kündigungsinitiative nimmt der bereits heute akute Fachkräftemangel innert kürzester Zeit dramatische Ausmasse an. Auch die Landwirtschaft wäre massiv betroffen. Die Kündigungsinitiative ist ein Angriff auf unsere Versorgungssicherheit: Arbeits-

kräfte würden beispielsweise auf den Ostschweizer Gemüsefeldern fehlen, in der Fleischverarbeitung der Grossverteiler, in den sonnigen Rebhängen des Lavaux.

«Die Kündigungsinitiative der SVP ist undurchdacht, schädlich für unseren Wohlstand und gefährlich für die Sicherheit der Schweiz.»

Welche KMU könnten heute noch erfolgreich geschäften, wenn sie nicht auf fähige Arbeitskräfte aus den Nachbarländern zählen dürften? Und selbst jenen KMU, die überleben, legt die SVP schwere Fesseln an, weil unsere Betriebe nicht mehr ungehindert exportieren könnten.

Blinde Polizei, abgetauchte Kriminelle

Die Kündigungsinitiative der SVP gefährdet die gesamte Schweizer Bevölkerung. Ohne das Schengen-Informationssystem (SIS), welches täglich Dutzende Warnmeldungen über Terroristen und andere Kriminelle liefert, wären unsere Polizistinnen und Polizisten blind.



Kämpfe jetzt mit uns gegen die Kündigungsinitiative!



Zu den Asyلمvorstössen:

Schwerpunkt

Luftabwehrsystem Patriot des US Rüstungskonzerns Raytheon Technologies, Symbolbild.



So schützen wir die Schweiz

7 Forderungen der FDP

In diesen Tagen erleben wir die gravierendsten sicherheitspolitischen Veränderungen seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Die Ukraine wird feilgeboten, Putins Regime wird rehabilitiert und unter Trump ist unklar, ob Amerika dem europäischen Kontinent in Kriegszeiten noch zu Hilfe kommt. Die FDP präsentiert sieben Forderungen, um auch in Zukunft unsere Sicherheit zu schützen – und unsere Freiheit.

1 Kühlen Kopf bewahren

Wir erleben das Ende einer Ära. Wie die neue aussieht, weiss heute noch niemand. In dieser unsicheren und unübersichtlichen Übergangsphase braucht die Schweiz die Besonnenheit, um zu einer sorgfältigen Analyse zu kommen. Und die Geduld, um ihre Interessen strategisch zu verfolgen. Nur unter einer regelbasierten Weltordnung kann ein demokratischer, liberaler und exportorientierter Kleinstaat gedeihen.

2 Keine fremden Herrscher

Wenn die Mächtigsten die Welt unter sich aufteilen, zahlen die anderen den Preis.

Wir wollen nicht von Grossmächten beherrscht werden und folgen weder Autokraten wie Wladimir Putin noch rücksichtslosen Machtpolitikern wie Donald Trump. Zu viele in unserem Land lassen sich blenden von solchen starken, bestimmenden Figuren. Heute trifft es die Ukraine und Grönland. Morgen trifft es Polen oder die Schweiz.

3 Massiv mehr investieren

Unsere Armee braucht zusätzliche Milliarden für alle Dimensionen der Verteidigung. Ein Beispiel: Bald erhält die Schweiz zwei Patriot-Systeme, die uns vor Raketen- und Drohnenan-

griffen schützen sollen. Die Schweiz misst 41 000 km². Die beiden Patriots decken aber nur je 7500 km² ab. Würden wir Zürich und St. Gallen schützen, Basel und Bern oder Genf und Lausanne? Ganz zu schweigen von den Randregionen.

4 Antreten!

Jedes Jahr verliert die Armee über 6000 Personen an den Zivildienst. Während unsere Nachbarn aufrüsten, haben manche Schweizer WKs nicht mal einen Koch. Trotzdem schafft es der Bundesrat seit Jahren nicht, ein neues Dienstmodell vorzuschlagen. Dabei läge die Lösung auf dem Tisch: mehr Armee, mehr Zivil-

schutz. Und der Zivildienst wird in der heutigen Form abgeschafft.

5 Rüstungsindustrie retten
Zur bewaffneten Neutralität gehört eine wettbewerbsfähige Rüstungsindustrie, die ins Ausland exportieren kann. Nur haben Linke, Mitte und SVP das faktisch verboten. Die FDP fordert alle Parteien dazu auf, mit ihr das Kriegsmaterialgesetz anzupassen. Konkret muss die Wiederausfuhr von Waffen an Partnerländer unter bestimmten Voraussetzungen wieder möglich sein. Und zwar noch vor Ende dieses Jahres.

6 Üben für den Kriegsfall
Im Kriegsfall verteidigt die Schweiz ihr Territorium. Doch bspw. bei der Abwehr einer Rakete ist sie auf die Hilfe umliegender Länder angewiesen. Deshalb braucht es nun intensiviertere Übungen mit der Nato, um die Abwehr z. B. eines russischen Angriffs zu trainieren. Schon General Guisan probte mit Frankreich das «Manöver H», bei dem die französische Armee Artilleriestellungen in der Schweiz bezogen hätte.

«Wir wollen nicht von Grossmächten beherrscht werden und folgen weder Autokraten wie Wladimir Putin noch rücksichtslosen Machtpolitikern wie Donald Trump.»

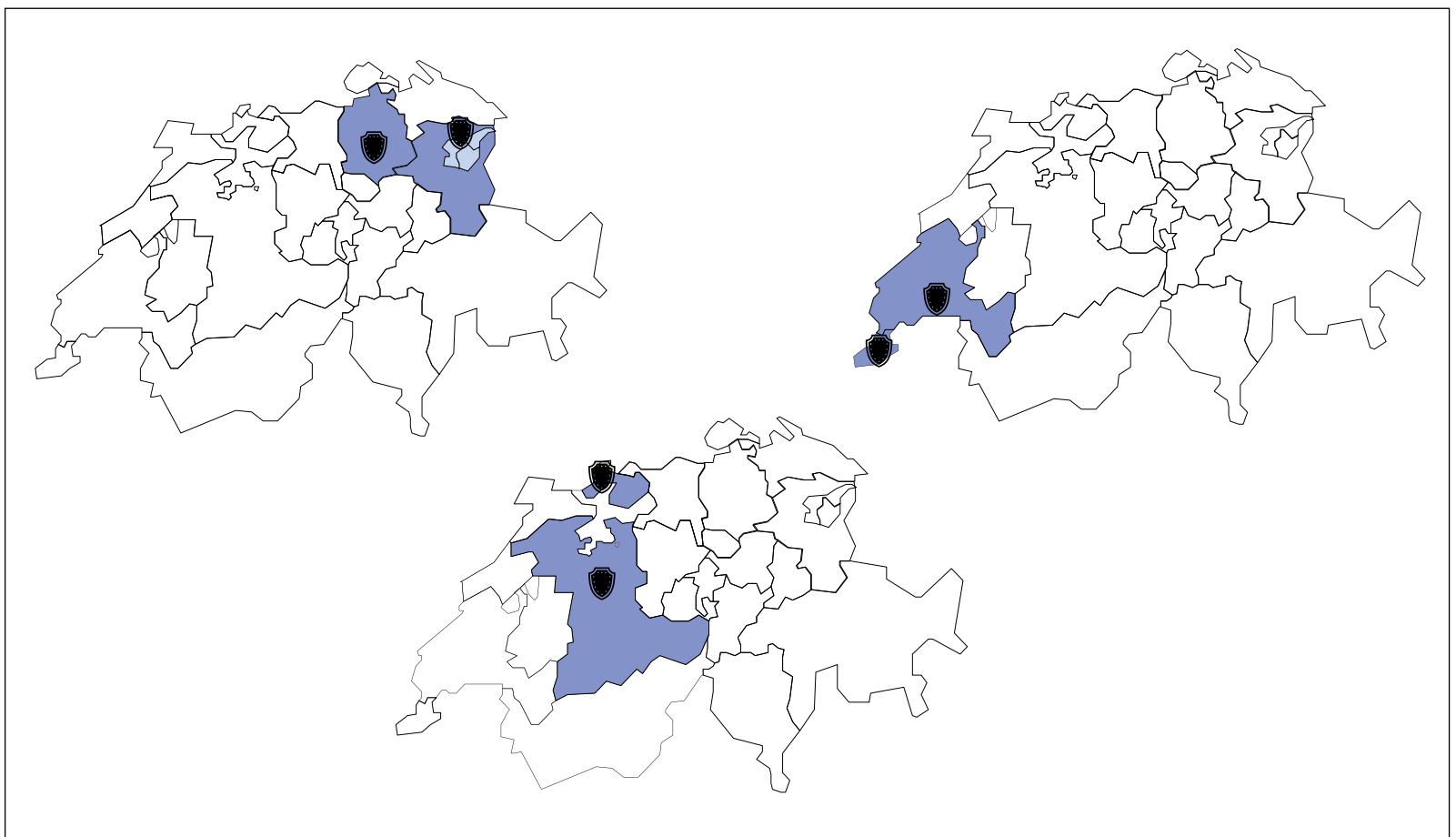
7 Lebendige Neutralität bewahren
Die bewaffnete Neutralität der Schweiz wird heute von beiden Polparteien bedroht.

Die SP will ohnehin die Armee abschaffen, noch letztes Jahr sprach die Partei von einem «Trachtenverein».

Die SVP will die Neutralität versteinern und den Bundesrat in ein starres Korsett zwingen. Ihre «Pro-Putin-Initiative» würde Autokraten stärken und es der Schweiz verunmöglichen, in Konflikten klug eigene Interessen zu wahren.

Statt sich wie die Armeeabschaffer der SP und die Putinverstehler der SVP hinter falschen Friedensmotiven zu verstecken und dem Aggressor nachzugeben, braucht es Mut. Den Mut der Liberalen, allen Appeasern zu widerstehen. Und den Mut der FDP, die Schweiz wieder sicher zu machen.

Heute und in Zukunft: Wir stehen unerschütterlich zu einer verteidigungsfähigen Armee, zu einer regelbasierten Weltordnung, zur Selbstbestimmung der Ukraine und zur bewaffneten Neutralität.



Welchen Teil der Schweiz schützen wir?



Illustration: Bildwerkstatt / Bildwerkstatt

